

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

2021 02

HUNGERBEKÄMPFUNG
Minister Müller ruft zu
mehr internationaler Hilfe
wegen Covid-19 auf

STADTPLANUNG
Masterpläne können
für lebenswerte Städte
sorgen

WEGE AUS DER ARMUT
Soziale Sicherung
ist für Ultra-Arme
entscheidender Faktor



Diaspora

SCHWERPUNKT

Diaspora

Aufbau von Infrastruktur

Der Verein Future of Ghana Germany möchte die Chancen schwarzer Menschen in Deutschland verbessern, sagt Mitarbeiterin Daisy Tanja Scheffler im Interview. Der Verein unterstützt auch Unternehmer in Ghana. Auch Burundier, die im Ausland leben, tragen zur Entwicklung ihres Heimatlandes bei. Sie schicken Geld an ihre Familien und finanzieren den Aufbau wichtiger Infrastrukturen, berichtet die Journalistin Mireille Kanyange. **SEITEN 19, 21**

Geldüberweisungen und Politik

Sehr viele Philippinerinnen leben und arbeiten im Ausland. Ihre Angehörigen und die Wirtschaft sind abhängig von dem Geld, das sie in die Heimat schicken, schreibt die Journalistin Emmalyn Liwag Kotte. Ihre Berufskollegin Roli Mahajan erklärt, welchen Einfluss Auslandsinder im Herkunftsland auf Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft haben. Alle großen Parteien genießen laut ihrer Einschätzung in der Diaspora eine gewisse Unterstützung. **SEITEN 22, 24**

Identitätssuche

Türken haben eine 60-jährige Einwanderungsgeschichte nach Deutschland. Seitdem Recep Tayyip Erdogan an der Macht ist, umwirbt er in Deutschland lebende Migranten, damit sie sich mit ihm und seiner Politik identifizieren. Das spaltet die heterogene Diaspora in Deutschland noch mehr, schreibt der Journalist Timur Tinç. Manche muslimische Einwanderer neigen zu Extremismus. Wie dem am besten zu begegnen ist, erklärt der Präventionsexperte Ahmad Mansour im Interview. **SEITEN 26, 28**

Persönliche Erfahrungen

Deutschland ist mit 21 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund längst ein Einwanderungsland. Die Menschen kommen aus verschiedensten Ländern und aus unterschiedlichsten Gründen. Die drei Migrantinnen Sengül Yalcin-Ioannidis, Mariame Racine Sow und Giselle Zenga erzählen ihre persönliche Geschichte. **SEITE 29**

Pandemie bremst Geldflüsse

Im Zuge der Covid-19-Krise sind die Rücküberweisungen von Migranten rückläufig. Das führt mancherorts zu wirtschaftlichen Turbulenzen, warnt Dilip Ratha von der Weltbank. Er mahnt, Transfers müssten erleichtert werden. **SEITE 32**

Monitor

Ministerialbeamter erörtert Grundlagen und Grenzen der Entwicklungspolitik | Französischer Nahost-Experte fordert Westen zu Perspektivwechsel auf | UN-Umweltprogramm wertet Coronahilfen als Chance für weniger Emissionen | Heutzutage: Wassernot in Simbabwe | Impressum **4**

Debatte

Kommentare zu Covid-19 als Hunger- und Armutspandemie, zum Kampf gegen Luftverschmutzung in der pakistanischen Provinz Punjab und zur politischen Situation in Côte d'Ivoire **9**

Tribüne

KATIE CASHMAN

Masterpläne können viel dazu beitragen, Städte lebenswerter zu gestalten **13**

FRANK BLISS UND KARIN GAESING

Soziale Sicherung, Landbesitz- und -nutzungsrechte sowie Förderung im Agrarbereich lindern Ultra-Armut **15**

Schwerpunkt: Diaspora

INTERVIEW MIT DAISY TANJA SCHEFFLER

Der Verein Future of Ghana will junge Menschen mit afrikanischen Wurzeln in Deutschland sichtbar machen **19**

MIREILLE KANYANGE

Burundi strebt besseren Austausch mit seinen Staatsbürgern im Ausland an **21**

EMMALYN LIWAG KOTTE

Viele Philippinerinnen leben und arbeiten im Ausland, Angehörige und Wirtschaft sind abhängig von ihrem Geld **22**

ROLI MAHAJAN

Auslandsinder beeinflussen im Herkunftsland Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft **24**

TIMUR TINÇ

Die Identitätsprobleme von Menschen mit türkischen Wurzeln in Deutschland **26**

INTERVIEW MIT AHMAD MANSOUR

Präventionsexperte plädiert für mehr Demokratieerziehung in Schulen und Integrationskursen **28**

SENGÜL YALCIN-IOANNIDIS, MARIAME RACINE SOW UND GISELLE ZENGA

Drei Migrantinnen aus Frankfurt erzählen ihre Geschichte **29**

DILIP RATHA

Geringere Rücküberweisungen und weniger ausländische Direktinvestitionen belasten Entwicklungsländer **32**

Gemeinsam Grundwerte pflegen

Seit jeher haben Menschen ihre Heimat verlassen, um andernorts zu leben. Im 21. Jahrhundert nimmt die globale Migration aus vielen Gründen zu. Migrationsforscher sagen unter anderem, bestehende Diaspora-Gemeinschaften zögen Auswanderwillige aus ihren Ländern an. So ist Deutschland zum Beispiel ein attraktives Einwanderungsland für Menschen aus der Türkei, weil bereits eine 60-jährige Migrationstradition besteht. Historische und sprachliche Verbindungen sind wichtig. Viele Nord- oder Westafrikaner wandern in die ehemalige Kolonialmacht Frankreich aus, Südasiaten präferieren dagegen Britannien.

Die Menschen erster Generation, die in der Diaspora leben, halten in der Regel ein Leben lang eine enge Beziehung zu ihrem Ursprungsland. Sie unterstützen ihre Familien finanziell, sind eng mit der Kultur verbunden, und manchmal wählen sie auch noch in der alten Heimat. Ihre Rücküberweisungen ernähren Verwandte, ermöglichen Schul- und Arztbesuche und halten Kleinunternehmen am Laufen. Längst sind diese Rücküberweisungen für viele Volkswirtschaften unverzichtbar geworden.

Neben finanzieller gibt es aber auch eine soziokulturelle Wirkung der Diaspora-Gemeinden. Wer in die alte Heimat zurückkehrt, bringt Erfahrungen und kulturelle Prägungen aus dem Gastland mit. Das kann schleichend die Herkunftsgesellschaften verändern und beispielsweise konservative Frauenbilder modifizieren. Andererseits können sich auch traditionelle Haltungen in der neuen Heimat verhärten – oder sogar zu neuem Extremismus führen, wie islamistischer Terror in der EU zeigt.

In naher Zukunft rechnen Experten mit verstärkter Zuwanderung aus Entwicklungsländern in die westlichen Industrieländer. Und diese werden angesichts fehlender Arbeitskräfte wegen alternder Gesellschaften auch dringend benötigt. Die Aufnahmeländer sollten sich darauf einstellen und Integrationskonzepte entwickeln. Bisher mangelt es in Europa daran.

Wichtig ist, die Einwanderer aktiv einzubeziehen und ihren soziokulturellen Hintergrund zu berücksichtigen. Gleichzeitig müssen Werte des Ankunftslandes vermittelt werden. Fachleute halten es für essenziell, in Kursen, Schulen und Veranstaltungen Werte wie Freiheit, Demokratie, Geschlechtergleichheit, Toleranz und Religionsfreiheit zu vermitteln. Überzeugend wird das, wenn diese Werte sichtbar auch für Einwanderer Vorteile haben. Auch sie brauchen Rechtsstaatlichkeit, denn sonst nehmen Ausbeutung und Missbrauch überhand. Sie brauchen Aufenthalts- und Arbeitsberechtigungen. Doppelte Staatsbürgerschaft fördert in diesem Sinne Integration.

Es geht nicht um eine vollständige Assimilation. Alle dürfen ihre Kultur und Traditionen weiter leben, solange sie die Menschenrechte wahren. Die eigene kulturelle Vielfalt weiter pflegen zu dürfen entspricht auch den Grundrechten und fördert diese. Von Toleranz gegenüber Einwandern profitieren auch die Aufnahmeländer. Sie bereichert die eigene Kultur und eröffnet neue Perspektiven.

Das Covid-19-Tagebuch, das wir im Frühjahr 2020 begonnen haben, führen wir ab diesem e-Paper nicht mehr fort. Denn die Corona-Pandemie prägt mittlerweile viele unserer Beiträge. Unsere wichtigsten Beiträge rund um das Thema Covid-19 finden Sie aber weiterhin in unserem Covid-19-Tagebuch auf der Website www.dandc.eu (unter Dossiers).

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



SABINE BALK
ist Redakteurin von **E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation**.
euz.editor@dandc.eu

Debatte



Eine Welt ohne Hunger ist möglich

Covid-19 ist zu einer Poly-Pandemie geworden, einer Mehrfachkrise aus Hunger und Armut, an deren Folgen mehr Menschen sterben als am Virus selbst. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, nimmt dazu Stellung.

SEITE 9

Tribüne



Lebenswerte Städte gestalten

Ein immer größerer Teil der Weltbevölkerung lebt in Städten. Daher ist es wichtiger denn je, dass sie den Bedürfnissen ihrer Bewohner heute und in Zukunft gerecht werden. Masterpläne können dazu beitragen. Welche Voraussetzung dafür erfüllt sein müssen, legt Katie Cashman dar, Beraterin für nachhaltige Entwicklung.

SEITE 13

Wege aus extremer Armut

Wissenschaftler der Universität Duisburg-Essen haben erforscht, wie sich die Situation von extrem armen und hungerleidenden Bevölkerungsgruppen verbessern lässt. Soziale Sicherung, Landbesitz- und -nutzungsrechte sowie die richtige Förderung im Agrarbereich sind entscheidend. Die entwicklungspolitischen Gutachter Frank Bliss und Karin Gaesing stellen die Ergebnisse vor.

SEITE 15

ENTWICKLUNGSPOLITIK

Vage Grundlagen

Beamte von Bundesministerien schreiben normalerweise keine Aufsätze darüber, was ihre Behörde nicht leisten kann. Sie sollen Politik umsetzen, nicht kritisieren. Wolfram Stierle vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) untersucht dennoch in einem neuen Buch die Grenzen der Leistungsfähigkeit seines Hauses.

Von Hans Dembowski

Der Titel des Buches „Über Leben in planetarischen Grenzen“ ist auf clevere Weise doppeldeutig, denn es geht wirklich um das Überleben der Menschheit. Wie der Autor konstatiert, verspricht das BMZ, nicht nur nachhaltige Entwicklung, sondern sogar die globale Transformation zur Nachhaltigkeit zu fördern. Das hält er für eine riesige Aufgabe, die ein einzelnes Ministerium überfordere.

Auf nicht einmal 180 Seiten durchkämmt Stierle die BMZ-Rhetorik gründlich. Er beginnt mit einer exzellenten Übersicht der entwicklungspolitikkritischen Literatur der vergangenen 50 Jahre. Von Anfang an lautete das Ziel, Armut zu reduzieren. Dabei sollten nach dem Zweiten Weltkrieg „unterentwickelte“ Länder entwickelt werden, während heute globale Nachhaltigkeit betont wird (siehe Mahwish Gul in E+Z/D+C e-Paper 2020/09, Schwerpunkt). Immer gab es indessen Zweifel an der Wirkung der Entwicklungspolitik. Kritikpunkte waren:

- Sie verstetige die Abhängigkeit ehemaliger Kolonien von den früheren Kolonialmächten,
- sie nähere Korruption und bremse den Modernisierungsehrgeiz von Politikern in Entwicklungsländern, oder
- sie sei im Kontext des kapitalistischen Weltsystems letztlich bedeutungslos.

Manche Kritikpunkte ließen sich leicht widerlegen, aber darum geht es Stierle nicht. Er merkt nur nebenbei an, der Anteil extrem armer Menschen an der Weltbevölkerung sei über Jahrzehnte hinaus gesunken (siehe Sabine Balk in D+C/E+Z e-Paper 2018/09, Schwerpunkt). Ihn interessiert vor

allem, was an der Kritik plausibel ist – und fordert dann noch grundsätzlichere Kritik.

VAGE UND UNVERBINDLICHE RECHTSGRUNDSÄTZE

Aus seiner Sicht ist ein Grundproblem des BMZ, dass es sich auf nicht rechtsverbindliche Grundprinzipien beruft. Weder die Universelle Erklärung der Menschenrechte noch die UN-Ziele für Nachhaltigkeit (Sustainable Development Goals – SDGs) noch das Pariser Abkommen zum Klimawandel

andere westliche Staaten haben beispielsweise noch nie großes Interesse an den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechten gezeigt. Zudem gibt es auch eine Spannung zwischen den ökonomischen und ökologischen SDGs. Sollte Armut schlicht durch Wachstum beendet werden, könnte die Umwelt nicht gerettet werden. Ungleichheit zu reduzieren ist ein wichtiges SDG-Anliegen, welches das BMZ vorantreiben will. In Deutschland ist die Ungleichheit aber langfristig gewachsen, nicht gesunken.

Stiere merkt obendrein an, der Begriff „Transformation“ sei recht vage. Einerseits sei klar, dass es wegen der globalen Erhitzung nicht so weitergehen könne wie bisher, andererseits stellten sich wohlhabende Nationen gern als Vorbilder dar. Tatsächlich habe aber keine von ihnen eine nachhaltige Lebensweise erreicht.



Für die Bundesregierung hat das Wohlergehen der Autoindustrie oft Vorrang vor globaler Nachhaltigkeit: Automessen-Werbung 2019 in Hannover.

binden Regierungshandeln. Die internationale Staatengemeinschaft hat sie zwar beschlossen, aber nur in einer Form, die Mitgliedern Nichteinhaltung ermöglicht.

Erschwerend kommt hinzu, so Stierle, dass die unverbindlichen Prinzipien auch nicht so eindeutig sind, wie es auf den ersten Blick erscheint. Deutschland und

Multi- wie bilaterale Entwicklungsinstitutionen reagieren seit langem auf Kritik mit Evaluierungen, welche ihre Leistungen objektiv beurteilen sollen. Angestrebt wird dabei, die eigene Effektivität zu beweisen und zugleich die Effizienz zu steigern. Hervorgebracht hat das Evaluierungsgewerbe, wie Stierle ausführt, viele

Arbeitsplätze, eine eigene Fachsprache und eine große Zahl von Publikationen. Allerdings habe sie die Öffentlichkeit nicht vom Sinn der Entwicklungspolitik überzeugt. Das liege unter anderem daran, dass unmittelbare Projektergebnisse nicht identisch sind mit Veränderungen im Leben der betroffenen Gemeinschaften – und obendrein sei der nötige soziale Wandel auf der Makroebene noch einmal etwas ganz anderes.

Stierle lässt keinen Zweifel daran, dass die BMZ-Politik auf vagen Grundlagen steht. Zugleich insistiert er, dass die Arbeit weitergehen müsse, weil die Menschheit Armut und ökologischen Wandel beenden müsse. Die SDGs seien zwar nicht rechtsverbindlich, aber sie seien die gültige Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft auf reale Herausforderungen.

Zivilgesellschaftliche Akteure argumentieren seit langem, mangelnde Politikkohärenz sei das zentrale Problem (siehe beispielsweise Bernd Bornhorst in E+Z/D+C

e-Paper 2016/04, Debatte). Stierle erkennt das an. Im Kabinett vertrete der Entwicklungsminister globale Interessen, während seine Kollegen deutsche Interessen verfolgten. Deutsche Rüstungsexporte und europäische Agrarsubventionen liefen tendenziell der BMZ-Politik zuwider. Auf ähnliche Weise gebe die Bundesregierung der Autoindustrie häufig Vorrang vor globaler Nachhaltigkeit.

KOMPETENTER WERDEN

Stierle analysiert diese und andere Dinge erstaunlich präzise. Seine Schlussfolgerung ist, dass das BMZ seine Kompetenzen steigern muss. Konkret spricht er von:

- Ambivalenzkompetenz (weil Entwicklungen in der Regel weder ausschließlich gut noch schlecht seien),
- Modernisierungskompetenz (weil inkrementaler Fortschritt oft in dem Sinne ambivalent sei, dass er positive Ergebnisse zeitige, aber zugleich auch neue Krisen auslöse),

- Transformationskompetenz (weil der Begriff selbst noch zu nebulös sei),
- Legitimitätskompetenz (weil die bisherige Programmatik zu viele Menschen nicht überzeuge) und
- Religions- und Wertekompetenz (weil die Entwicklungspolitik Glaubensfragen seit jeher vernachlässige, obwohl sie im Alltag große Bedeutung hätten – siehe Hans Dembowski in E+Z/D+C 2017/05, Monitor).

Das ist ein gewaltiger Aufgabenkatalog. In gewissem Maß bietet Stierle keine Lösungen an, sondern versucht, die Debatte in eine Richtung zu lenken, die Lösungen wahrscheinlicher macht. Das Ausmaß der Dilemmata mag erschrecken, aber es ermutigt, dass ein BMZ-Beamter sie so akkurat seziert. Ohne die nötigen Fragen zu stellen, lassen sich die richtigen Antworten nicht finden.

BUCH

Stierle, W., 2020: Über Leben in planetarischen Grenzen. Plädoyer für eine nachhaltige Entwicklungspolitik. München, oekom verlag.

GRATIS- Abonnements

Wir aktualisieren unsere Vertriebsliste. Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und anderweitige Institutionen mit Bezug zur internationalen Entwicklungspolitik können derzeit die Druckausgaben von E+Z gratis abonnieren. Das gilt ebenso für Individuen, die beruflich oder ehrenamtlich in diesem Bereich arbeiten. Das Abo kann auf unserer Website bestellt werden:

www.dandc.eu/de/ez-abonnement

Die Hefte enthalten nicht alles, was wir auf der Website (www.dandc.eu) veröffentlichen. Sie dokumentieren dauerhaft wichtige Aspekte der internationalen Entwicklungsdebatte.



BUCHREZENSION

Krisen verstehen

Der Nahe Osten ist eine der fragilsten Weltregionen, geprägt von verworrenen Krisen und Kriegen. Der französische Soziologe Gilles Kepel analysiert in seinem Buch „Chaos“ sowohl die politisch-religiöse, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Region über die vergangenen vier Jahrzehnte als auch ihre Auswirkungen auf den Rest der Welt.

Von Dagmar Wolf

Für den Nahost-Kenner Kepel ist das Jahr 1973 entscheidend für das derzeit herrschende Chaos. Im damals von Ägypten und Syrien geführten Oktoberkrieg gegen Israel – auch Jom-Kippur-, Ramadan- oder Vierter Arabisch-Israelischer Krieg genannt – beschlossen die arabischen Ölförderländer, die Ölpreise stark zu erhöhen und die Ausfuhren zu senken. Damit wollten sie Druck auf Israel und seine Verbündeten ausüben, den 1967 im Zuge des Sechstageskrieges besetzten Sinai und die Golanhöhen zu räumen und die Rechte der Palästinenser anzuerkennen.

Saudi-Arabien und den Golf-Emiraten bescherte diese Entscheidung einen nie dagewesenen Reichtum. Die Saudis beanspruchten fortan die Vormachtstellung innerhalb der islamischen Welt und verbreiteten ihre radikal-salafistische Auslegung des Korans.

1979 bildete sich nach der Iranischen Revolution ein schiitisch geprägter Gegenpol zu der sunnitischen Dominanz der Saudis. Beide Staaten finanzierten fortan unzählige Stellvertreterkriege. Die zunehmende Islamisierung und Radikalisierung der politischen Ordnung führte immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten und gegen „Ungläubige“. Sie spaltete die arabische Welt in zwei Lager und führte zu einer sich immer schneller drehenden Gewaltspirale.

Im zweiten Teil seines Buches analysiert Kepel anhand der sechs Länder, die den Arabischen Frühling durchlebten – Tunesien, Ägypten, Libyen, Bahrain, Jemen und Syrien –, wie der Kampf um die Vormachtstellung in der islamischen Welt die

Demokratiebewegungen mit ihren Forderungen nach mehr Menschenrechten prägte. Er zeigt auf, wie diese Bewegungen, in die auch der Westen große Hoffnungen gesetzt hatte, zunehmend von unterschiedlichen Mächten für deren eigene Zwecke instrumentalisiert wurden und wie und warum diese Entwicklung schließlich in das unvorstellbare Grauen mündete, das die Terrororganisation ISIS verursachte.

Die Entwicklung des Dschihadismus unterteilt Kepel in drei Phasen:

1. Dschihad, um das von „Ungläubigen“ angegriffene islamische Territorium zu verteidigen (geführt gegen Israel und seine Verbündete oder gegen die Sowjets in Afghanistan, aber auch um die Vormachtstellung innerhalb der islamischen Welt).

2. Mit den spektakulären Anschlägen in den USA im September 2001 schafft der Dschihadismus den Sprung auf die internationale Ebene. Der darauf folgende „Krieg gegen den Terror“ und der Einmarsch der USA in den Irak ebneten den Weg zur nächsten Phase.

3. ISIS besetzt große Gebiete im Irak und in Syrien und ruft 2014 das Kalifat aus.

Das Terrornetzwerk rekrutiert über soziale Medien weltweit Kämpfer und trägt den Dschihad zunehmend auch nach Europa. Dortige Anschläge und die Ankunft zahlreicher Flüchtlinge aus den umkämpften Gebieten in Syrien und dem Irak führen zu einem Erstarken des Rechtspopulismus in der EU.

Der dritte und letzte Teil des Buches befasst sich mit den Ereignissen seit dem Sturz des Kalifats und mit der strategischen Neuordnung der Region. Die territoriale Auflösung von ISIS nehme der Terrororganisation zwar Aktionsmöglichkeiten, und gesunkene Ölpreise entzögen dem weltweiten Dschihadismus finanzielle Mittel. Dennoch bleibe die terroristische Bedrohung bestehen.

Kepel kommt zu dem Schluss, dass der Wiederaufbau und die Stärkung der östlichen Mittelmeerländer als Gelenk zwischen Europa und dem Nahen Osten unabdingbar ist, wenn sich die Krisen der letzten Jahrzehnte nicht noch weiter verstetigen sollen. Er fordert Europa dringend auf, seine eurozentrische Sicht aufzugeben und das Verhältnis zu den Ländern dieser Region grundlegend zu überdenken.

BUCH

Kepel, G., 2019: Chaos. Die Krisen in Nordafrika und im Nahen Osten verstehen. München, Kunstmann. (Original 2018: Sortir du Chaos. Les Crises en Méditerranée et au Moyen-Orient. Paris, Gallimard.)



Der Dschihad hat Europa erreicht: Belgische Soldaten patrouillieren auf dem Weihnachtsmarkt in Brüssel nach den Anschlägen 2015.

KLIMASCHUTZ

Konjunkturprogramme bieten Chance fürs Klima

Das UN-Umweltprogramm wertet die weltweiten staatlichen Coronahilfen als Chance, um die Treibhausgasemissionen deutlich zu senken und das Pariser Klimaziel zu erreichen. Dafür müssten die Regierungen allerdings einen „grünen Wiederaufbau“ fördern und ihre Klimaschutzanstrengungen insgesamt schnell und deutlich erhöhen.

Von Katja Dombrowski

Im Jahr 2020 sind die weltweiten CO₂-Emissionen nach Schätzungen des UN-Umweltprogramms (United Nations Environmental Programme – UNEP) um sieben Prozent gesunken. Grund dafür war die Coronakrise, die die industrielle Produktion, die Energiewirtschaft und besonders den Verkehr in vielen Ländern stark eingeschränkt hat. Auf das Weltklima wirkt sich der temporäre Rückgang allerdings nur minimal aus: UNEP erwartet, dass die Erderhitzung bis Mitte dieses Jahrhunderts dadurch um 0,01 Grad Celsius geringer ausfällt.

Eine echte Chance sehen die Autoren des Emissions Gap Report 2020 hingegen in den milliardenschweren Konjunkturprogrammen zur Bewältigung der Coronakrise: Ein „grüner Wiederaufbau“ könnte die bisher prognostizierten Emissionen bis 2030 demnach um bis zu ein Viertel verringern – was dem Pfad, der nötig ist, um die Erderwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen, schon sehr nahe käme. Dazu müssten die Staatshilfen vor allem klimaneutralen Technologien und Infrastrukturen zugutekommen. Subventionen für fossile Energien müssten abgebaut und es dürften keine neuen Kohlekraftwerke mehr gebaut werden.

Bisher sieht es dem Bericht zufolge allerdings nicht danach aus. Nur rund ein Viertel der G20-Staaten, die zusammen für rund 78 Prozent des globalen Treibhausgasausstoßes verantwortlich sind, haben einen Teil ihrer Coronahilfen für CO₂-arme Maßnahmen reserviert. Das meiste Geld un-

terstütze den Status quo einer kohlenstoffintensiven wirtschaftlichen Produktionsweise. Den Autoren zufolge ist es jedoch noch nicht zu spät zum Umsteuern: Regierungen sollten die Chance in der nächsten Phase der Konjunkturmaßnahmen ergreifen.

Im Pariser Klimavertrag von 2015 hat sich die Staatengemeinschaft darauf verpflichtet, den Temperaturanstieg auf deutlich unter zwei, möglichst unter 1,5 Grad zu begrenzen. Der jährliche UNEP-Bericht zeigt die Lücke auf zwischen den prognostizierten Emissionen und dem Niveau, das nötig wäre, um das Paris-Ziel zu erreichen. Die Frage, ob die Entwicklung dahin gehe, dass sich diese Lücke schließt, beantwortet der aktuelle Report mit einem klaren Nein. Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre habe 2019 zum dritten Mal in Folge zugenommen, und die Welt steuere weiterhin auf eine Erhitzung von mehr als drei Grad bis Ende des Jahrhunderts zu.

2019 stiegen die Treibhausgasemissionen demnach im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Prozent und erreichten den neuen Höchststand von 59,1 Gigatonnen. Seit 2010 nahm der Ausstoß an klimaschädlichen Gasen jährlich um durchschnittlich 1,4 Prozent

zu. Dass der Anstieg 2019 deutlich größer war, lag laut UNEP vor allem an den vielen großen Waldbränden in dem Jahr.

Den größten Lichtblick sehen die Autoren in den Ankündigungen einer wachsenden Zahl von Ländern, bis Mitte des Jahrhunderts CO₂-neutral wirtschaften zu wollen. Bis zur Fertigstellung des Berichts hätten das 126 Länder, aus denen etwas mehr als die Hälfte aller Treibhausgasemissionen stammten, entweder bereits beschlossen oder angekündigt oder in Erwägung gezogen. Dies sei eine „bedeutende und ermutigende Entwicklung“.

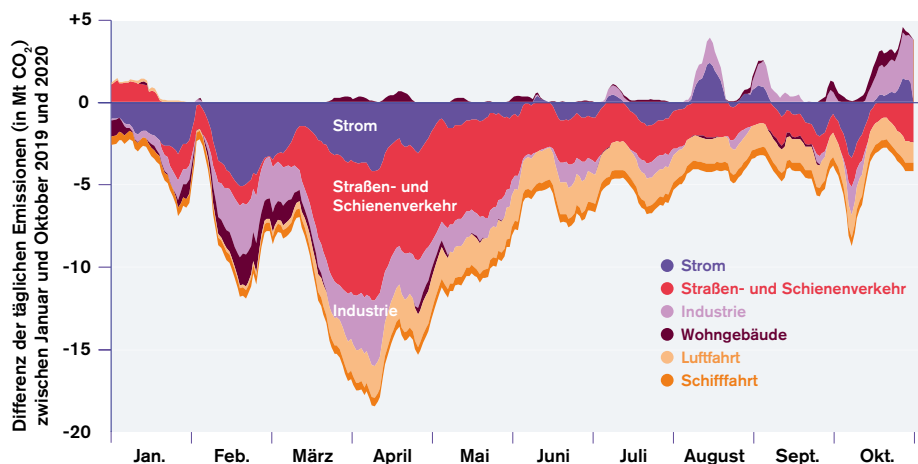
Nun müssten dringend konkrete Maßnahmen folgen, und die Verpflichtungen auf Treibhausgasneutralität müssten sich auch in den nationalen Klimabeiträgen (Nationally Determined Contributions – NDCs) im Rahmen des Pariser Abkommens niederschlagen. Die dort formulierten Ambitionen seien aber bei weitem nicht ausreichend, um den Vertrag zu erfüllen. Für einen Zwei-Grad-Pfad sei dreimal so viel nötig, für 1,5 Grad sogar mindestens fünfmal so viel wie aktuell anvisiert. Laut dem Pariser Vertrag hätten die Länder ihre NDCs 2020 aktualisieren müssen. Viele haben das aber noch nicht getan. Formell endet die Frist neun Monate vor der UN-Klimakonferenz des entsprechenden Jahres – und die Ende 2020 in Glasgow geplante COP26 wurde pandemiebedingt um ein Jahr verschoben.

LINK

UNEP: Emissions Gap Report 2020.

<https://www.unenvironment.org/emissions-gap-report-2020>

Emissionsrückgang aufgrund der Covid-19-Pandemie.



Wassernot

Obwohl es in Simbabwe zwei große Flüsse gibt, den Sambesi im Norden und den Limpopo im Süden, sowie zahlreiche kleinere Flüsse und Seen, leidet das Land unter einer schweren Wasserkrise. Seit 2018 herrscht Trockenheit, die Reservoirs sind nicht mehr gefüllt, und das Wasser muss rationiert werden.

Das wenige Wasser, das noch zur Verfügung steht, ist zudem durch Sand, Schlack und andere im Wasser gelöste Partikel verschmutzt. Diese Versandung, die im ganzen Land in Flüssen und Reservoirs auftritt, kann das Wasser nahezu unbrauchbar machen. Der Umweltaktivist Happison Chikova schätzt, dass in Simbabwe in den vergangenen 20 Jahren 108 Reservoirs durch eine Kombination von Dürre und Versandung unbrauchbar geworden sind.

Beispielsweise sind im Distrikt Mwenezi im Süden des Landes offiziellen Daten zufolge 23 von Erddämmen eingefasste Reservoirs durch Versandung verloren gegangen und in Beitbridge nahe der Grenze zu Südafrika mindestens 32. Laut der nationalen Statistikbehörde entwickeln sich viele weitere Reservoirs in die gleiche Richtung.

Auch der Mazowe-Stausee rund 35 Kilometer nördlich von Harare, der eine wichtige Wasserquelle darstellt, ist bedroht: Illegales Goldschürfen führt zu

starker Verunreinigung, und der Wasserstand ist gefährlich niedrig. Der See, der eine Kapazität von 35 Millionen Kubikmeter Wasser hat, ist nur noch zu einem Fünftel gefüllt.

Die Hauptursache für die Probleme ist nicht die Natur, sondern der Mensch. Landwirte bauen ihre Ackerfrüchte zu nah am Wasser an, so dass jeder Regenguss Erde in Flüsse und Seen schwemmt. Goldschürfer verursachen Versandung, indem sie die Flussbetten aufwühlen, und Kiesschürfer tun es ebenfalls, wenn sie in der Nähe von Flüssen graben und große Mengen losen Sands zurücklassen, der letztlich im Wasser landet.

Die Leidtragenden sind vor allem die Menschen, die weiter flussabwärts leben und das Wasser zum Trinken und Kochen, zum Waschen und für die Landwirtschaft benötigen. „Ich kann meinen Gemüsegarten nicht mehr versorgen, weil das Wasser aus dem Reservoir im Nullkommanichts weg ist“, sagt Silibaziso Masukume aus dem Distrikt Mwenezi. „Wir haben nur drei bis fünf Monate lang Wasser“, erklärt die Dorfautorität Kange Sibanda, in deren Territorium das Musambasi-Reservoir im gleichen Distrikt liegt. „Danach haben alle Schwierigkeiten, selbst Wasser für ihre Tiere zu finden.“

Joseph Tasosa, Leiter der Non-Profit-Organisation Zimbabwe National Environmental Trust, sieht einen Teil der Lösung in einer Veränderung der Landwirtschaft. „Manchmal bauen die Menschen direkt am Flussufer an, und wenn es regnet, werden diese landwirtschaftlichen Flächen direkt in den Fluss gespült. Nach und nach lagert sich die Erde so in den Wasserreservoirs ab“, erklärt er.

Auch die Arbeit der Goldschürfer kommt auf den Prüfstand. In Beitbridge machen die Behörden sie für die Verschmutzung der Flüsse verantwortlich. Der Goldschürfer Denis Juru zeigt sich jedoch unbeeindruckt von den Problemen flussabwärts. „Ich suche nach Gold, das ich verkaufe, um Geld zu verdienen“, sagt er. „Ich verkaufe kein Wasser.“



JEFFREY MOYO
ist Journalist in Simbabwe.

moyojeffrey@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
62. Jg. 2021

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu

ISSN 2366-7257

Dieses e-Paper wurde am 29.1.2021 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Dr. Susanne Neubert, Prof. Dr. Imme Scholz, Hugh Williamson

VERLAG:

FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.),
Sabine Balk (Redakteurin), Dagmar Wolf (Assistenz)
Freiberufliche Mitarbeit: Katja Dombrowski,
Aviva Freudmann, Monika Hellstern (Social Media),
Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung),
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

FAZIT Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kuhresenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



ARMUTSBEKÄMPFUNG

Eine Welt ohne Hunger ist möglich

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nimmt Stellung zur Covid-19-Pandemie.

Von Gerd Müller

Beim Kampf gegen den weltweiten Hunger waren wir auf einem guten Weg: Seit 1990 konnten wir die Zahl der Hungernden um 200 Millionen verringern, obwohl zwei Milliarden Menschen neu auf die Welt gekommen sind. Aber seit wenigen Jahren nimmt die Zahl der Hungernden wieder zu.

Die Corona-Pandemie verschärft die Situation jetzt dramatisch. Durch die Kontaktsperren brechen Versorgungs- und Lieferketten zusammen. 130 Millionen Menschen fallen so durch die Folgen der Pandemie in Hunger und Armut zurück.

Covid-19 ist so längst zu einer Poly-Pandemie geworden, einer Mehrfachkrise aus Arbeitslosigkeit, Hunger und Armut. Experten schätzen, dass an diesen Folgen mehr Menschen sterben werden als am Virus selbst.

Hunger zu bekämpfen ist deshalb nicht nur überlebenswichtige Nothilfe. Es ist auch vorausschauende Friedenspolitik. Daher ist es unverantwortlich, dass Nahrungsmittelprogramme nicht ausreichend finanziert sind. Im Jemen, wo jeder zweite Mensch auf Nahrungsmittelhilfen angewiesen ist, mussten die Maßnahmen um 50 Prozent gekürzt werden. Dabei kostet es nur 50 Cent am Tag, ein Flüchtlingskind im Jemen oder in Afrika zu ernähren. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird es später um ein Vielfaches teurer. Was ist zu tun?

Wir brauchen zuallererst **politische Lösungen für die Konflikte**. Sonst werden wir den Hunger nie besiegen. Das zeigen Studien etwa von der Welthungerhilfe sehr deutlich.

Wir müssen die **Finanzierungslücken der UN-Hilfswerke schnell schließen**. Deutschland hat als einer der wenigen Staaten 2020 gehandelt und mit einem weltweiten Corona-Sofortprogramm seine Unterstützung ausgebaut. Aber alle Regierungen müssen ihren Beitrag leisten. Genauso Pri-



Wo ein Ochsenpflug schon Luxus ist: Bäuerinnen in Burkina Faso.

vatunternehmen, die von der Coronakrise besonders profitieren. Ich denke an Konzerne wie Amazon, Google, Facebook oder Apple.

Wir müssen endlich davon wegkommen, nur auf **Krisen zu reagieren, und stattdessen mehr in die Krisenvermeidung investieren**. Das ist vor allem eine Frage des politischen Willens. Denn wir haben das Wissen und die Technologien, alle Menschen auf diesem Planeten zu ernähren. Deswegen sage ich auch: Hunger ist Mord, weil wir dies ändern könnten.

Eine Welt ohne Hunger ist absolut möglich. Neueste Forschungsergebnisse zeigen, wie das geht: mit einer grünen Agrarrevolution und Investitionen von jährlich 14 Milliarden Dollar zusätzlich durch die Industrieländer bis 2030.

Das ist viel, aber machbar. 2 000 Milliarden Dollar gibt die Welt jährlich für Rüs-

tung und Verteidigung aus. Gemeinsam mit vielen Hilfsorganisationen kämpfe ich dafür, dieses Missverhältnis zu ändern.

Die zusätzlichen Investitionen für eine Welt ohne Hunger sollten wir auf **vier Schwerpunkte** konzentrieren:

- Bauern brauchen erstens sichere Landrechte und Kredite, um zu investieren – und dies gleichberechtigt für Frauen und Männer.
- Zweitens: ohne Energie keine Nahrungsmittel. Wir haben ein Programm „energieautarke Dörfer“ gestartet, damit der Aufschwung auch im ländlichen Raum ankommt. Denn der Kampf gegen den Hunger entscheidet sich auf dem Land. Dazu müssen wir den Ausbau erneuerbarer Energien vor allem in Afrika noch viel entschlossener voranbringen.
- Die Bauern brauchen drittens eine Entwicklung, die von den Familien ausgeht. Zum Beispiel mit Genossenschaften, wie wir sie vor 150 Jahren in Deutschland entwickelt haben. Das heißt: Zusammenarbeit bei Anbau, Einkauf und Vermarktung.
- Und es braucht besseres Saatgut und angepasste Landmaschinen. Viele afrikanischen Agrarbetriebe erreichen nur ein Drittel ihrer möglichen Produktion. Ein Grund ist, dass vier von fünf Bauern ihr Land noch von Hand bestellen. Ein Ochsenpflug ist schon Luxus. Mit Landmaschinen für Kleinbauern und neuem Saatgut wären Quantensprünge möglich. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hat dazu in Afrika 15 Grüne Agrarzentren gegründet. In Burkina Faso haben wir beispielsweise eine Reissorte aus Asien und neue Produktionsmethoden eingesetzt und innerhalb von wenigen Jahren den Ertrag verdreifacht.

Aber Wissen allein genügt nicht. Notwendig ist weltweit der politische Willen zu handeln. Der Friedensnobelpreis 2020 für das Welternährungsprogramm ist somit auch ein Weckruf für uns alle: Eine Welt ohne Hunger ist möglich. Wir müssen nur entschlossen handeln. Jetzt.



GERD MÜLLER
ist Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Dieser

Kommentar ist die Kurzfassung eines Namensbeitrags, der im Dezember in der Münchener Abendzeitung erschien.
www.bmz.de



Smog in Lahore im November 2019.

UMWELTSCHUTZ

Bessere Luft für Punjab

Die Regionalverwaltung der bevölkerungsreichsten Provinz Pakistans möchte die Luftverschmutzung reduzieren. Sie subventioniert Maschinen, mit denen Bauern Ernterückstände verarbeiten können, statt sie zu verbrennen. Das ist ein guter Anfang – doch es muss noch mehr folgen.

Von Imran Mukhtar

Luftverschmutzung ist ein ernstzunehmendes Gesundheitsrisiko in Pakistan. Jährlich sind 20 000 vorzeitige Todesfälle bei Erwachsenen darauf zurückzuführen, wie die Weltbank 2014 errechnete. Zudem sollen Millionen von Kindern an Krankheiten leiden, die durch die schlechte Luft verursacht werden. Seither hat sich die Lage sicher eher verschlechtert, denn es wurde wenig für eine bessere Luftqualität getan.

Smog mindert nicht nur die Sicht, sondern verursacht auch Atemwegserkrankungen, Augenentzündungen und Allergien. Herbst und Winter sind besonders hart; 2020/21 kam Corona mit einem alarmierenden Anstieg an Covid-19-Infektionen hinzu. Das neuartige Virus greift vor allem die Atemwege an.

Die Provinzialverwaltung von Punjab, in der gut die Hälfte der 220 Millionen Pakistaner leben, hat nun beschlossen, aktiv zu werden. Man hofft, die Luftverschmutzung im Agrarbereich eindämmen zu können.

EIN BRENNENDES PROBLEM

Bauern verbrennen traditionell im Oktober und November die Reste der Ernternte. Mit dieser althergebrachten Praxis entledigen sie sich des Abfalls und bereiten den Boden für die nächste Saison vor. Das muss schnell geschehen, denn viele Landwirte bauen in der Regenzeit Reis und in den Folgemonaten Weizen an. Sie müssen sich beeilen und die Zeit optimal nutzen, da im Winter kein Anbau möglich ist. Erntereste zu verbrennen macht zudem wenig Arbeit und hilft, Unkraut und Schädlinge zu bekämpfen, wie die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN (Food and Agriculture Organization – FAO) in einer Studie über Luftverschmutzung in Punjab 2019 berichtete.

Das Verbrennen der Erntereste verursacht jedoch den immer schlimmer werdenden Smog. Die Provinzialverwaltung will Bauern über finanzielle Anreize für

neue Praktiken gewinnen. Dafür werden zwei Maschinen benötigt. Möchte ein Bauer sie kaufen, zahlt er 20 Prozent, die übrigen 80 Prozent der Kosten übernimmt der Staat.

Die erste Maschine ist ein Reisstrohhäcksler. Damit können Bauern die Reisstoppeln aufbrechen, in die Erde streuen und als Biodünger unterpflügen. Die zweite Maschine ist ein sogenannter „Happy Seeder“. Damit wird direkt nach der Reisernte Weizen gesät. Die Verwaltung von Punjab rechnet damit, in den kommenden zwei Jahren umgerechnet zwei Millionen Dollar für die Maschinen auszugeben, um Bauern in den 15 wichtigsten Reisanbaugebieten zu unterstützen. Dieser Ansatz ist sinnvoll. Und ein weiterer Pluspunkt ist, dass diese Maschinen vor Ort hergestellt werden.

Die neue Strategie ist gewiss ein Schritt in die richtige Richtung. Leider werden andere Verursacher von schlechter Luft nicht unter die Lupe genommen. Laut FAO verursacht Verkehr 43 Prozent der Luftverschmutzung in Punjab, die Industrie weitere 25 Prozent. Landwirtschaft kommt mit 20 Prozent erst an dritter und Kohlekraftwerke mit 12 Prozent an vierter Stelle.

Nicht nur in Punjab, sondern im ganzen Land fehlt eine umfassende und konzentrierte Strategie zur Verbesserung der Luftqualität. Frustrierenderweise gibt es bereits relevante Gesetze – nur werden sie nicht umgesetzt. Die Regierung sollte für öffentliche und private Fahrzeuge Zertifikate ausgeben, um ihre Emissionen minimal zu halten. Aber es gibt keine effektive Handhabe, wie das geschehen kann. Es gibt auch keine Strategie zur Förderung öffentlicher Verkehrsmittel, um die Menge an Motorrädern, Autos und Lastwägen zu reduzieren. Im Juni wurde eine neue Verordnung für Elektrofahrzeuge verabschiedet. Sie reicht aber nicht, um die unzähligen alten, klapprigen und Luft verpestenden Fahrzeuge zu ersetzen. Derweil wird weiter Müll verbrannt, und Fabriken blasen dicken, schwarzen Qualm in die Luft.

LINK

FAO, 2019: Smog in Punjab

<http://www.fao.org/3/ca6989en/CA6989EN.pdf>



IMRAN MUKHTAR

ist Journalist in Islamabad.

imranmukhtar@live.com

Twitter: @imranmukhtar



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



D+C

Folgen

Editorial office D+C
@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.
Imprint: ow.ly/NBIV30KnGm

Frankfurt, Germany dandc.eu Seit Januar 2010 bei Twitter

2.172 Folge ich 12.311 Follower

Tweets Tweets und Antworten Medien Gefällt mir

D+C Editorial office D+C @forumdc · 1 Std.
For many developing countries, reduced remittances and less foreign-direct investment are a double whammy
ow.ly/Gq6MS0Dlry

#remittances #migration #development #FDI #globaldev @WorldBank



Lass dir nichts Neues entgehen
Wer auf Twitter ist, weiß als Erster Bescheid.

Anmelden

Registrieren

Neu bei Twitter?

Registriere dich jetzt, um deine eigene personalisierte Timeline zu erhalten!

Registrieren



Was dir gefallen könnte

New Balance Foot... [@NBIFootball](#) **Folgen**

Sponsored

Andreas K. Maler [@maler_ak](#) **Folgen**

DH Humanitarian [@DH_Humanitarian](#) **Folgen**

Mehr anzeigen

Trends für dich

Technik - Trends

#Bitcoin

151.000 Tweets

Technik - Trends

#dogecoin





Bundeskanzlerin Angela Merkel begrüßt Präsident Alassane Ouattara zur Konferenz Compact with Africa 2019 in Berlin.

Entscheidungen in der Wahlkabine zu treffen, so entlädt sich der Frust auf den Straßen.

Côte d'Ivoire ist ein souveränes Land und der Westen nicht in der Position, die ivoirische Verfassung dahin gehend zu interpretieren, ob Ouattara eine dritte Amtszeit zusteht oder nicht. Der Westen und damit auch Deutschland müssen jedoch eine klare Haltung zu unumstößlichen Werten wie demokratische Partizipation, Gewaltenteilung, Meinungsfreiheit und das Recht auf Leben und Freiheit zeigen. Die Einhaltung dieser Werte muss die Voraussetzung für die Zusammenarbeit sein sowie die Bedingung für die Klassifizierung als Reformstaat.

Deutschland hätte aktiver als Mediator in den Konflikt eingreifen, die Opposition aus der Isolation holen und Wahlbeobachter entsenden müssen, um zu gewährleisten, dass das Wahlergebnis den Willen des Volkes widerspiegelt.

MAHNENDE WORTE, KEINE TATEN

Deutschland begründet sein Schweigen mit der Entscheidung des Verfassungsrats. Aber auch die EU belässt es bei mahnenden Worten. Dabei liegt auf der Hand, dass die EU mehr Verhandlungsdruck erzeugen kann als ein einzelner Staat. Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit und damit die Durchsetzung bestimmter Kernkriterien ist auch eine europäische Verantwortung.

Was Deutschland auf nationaler Ebene bereits anstrebt, nämlich die bilaterale staatliche Zusammenarbeit auf besonders reformwillige Länder zu konzentrieren, sollte auf EU-Ebene ausgeweitet werden. Es wäre denkbar, die sogenannten Kopenhagener Kriterien, die alle Staaten erfüllen müssen, um der EU beizutreten, auch auf die Entwicklungspolitik auszudehnen. Kriterien wie institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten eignen sich nicht nur als Kompass für die Entwicklungszusammenarbeit. Werden sie missachtet, sollten auch diplomatische Bemühungen folgen – und nicht nur mahnende Worte.



CHRISTOPH HOFFMANN
ist der **entwicklungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag.**

christoph.hoffmann@bundestag.de

CÔTE D'IVOIRE

Reformstaat im Stillstand

In Côte d'Ivoire hat Präsident Alassane Ouattara seine umstrittene dritte Amtszeit angetreten. Das Land ist „Reformpartner“ Deutschlands, und die Bundesregierung hätte sich stärker für grundlegende Rechte wie demokratische Partizipation, Gewaltenteilung und Meinungsfreiheit einsetzen sollen.

Von **Christoph Hoffmann**

Ouattara ist im Dezember erneut als Präsident von Côte d'Ivoire vereidigt worden. Seine dritte Kandidatur für dieses Amt war höchst umstritten und die Wahl begleitet von Unruhen mit 85 Toten und hunderten Verletzten (siehe Anderson Diédri in E+Z/D+C e-Paper 2021/01, Tribüne).

Doch Deutschland und die EU sehen Ouattaras Wiederwahl nicht als Problem an, sie verurteilen lediglich die Gewaltausschreitungen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erklärt, unter Ouattara seien vielfältige Reformvorhaben vorangebracht worden, und machte Côte d'Ivoire 2017 zum „Reformpartner“ – einem Land, das als besonders reformorientiert gilt und auch besonders unterstützt wird (siehe Hans

Dembowski in E+Z/D+C e-Paper 2020/07, Monitor). Die Bundesregierung verfolge die Fortsetzung des Reformkurses unter einer neuen Regierung kontinuierlich.

Das BMZ betont, dass Ouattaras erneute Kandidatur für das Amt des Staatsoberhauptes vom Verfassungsrat zugelassen wurde. Allerdings bestimmt der Staatspräsident dessen Vorsitzenden sowie drei weitere Mitglieder – und damit die Mehrheit. Die übrigen drei Mitglieder bestellt der Parlamentspräsident.

Die Opposition in Côte d'Ivoire fühlt sich in ihren demokratischen Grundrechten verletzt. Dabei geht es um mehr als die Entscheidung des Verfassungsrats: Es geht um die Glaubwürdigkeit der Staatsmänner, im Namen des Volkes zu handeln, und um das Gefühl, dass Wahlen kein Instrument mehr sind, um Veränderung herbeizuführen.

Als Reaktion rief die Opposition dazu auf, die Abstimmung zu boykottieren. Die Regierung verbat bereits seit Mitte August 2020 öffentliche Demonstrationen, Sicherheitskräfte hatten mehrmals Proteste der Opposition mit Gewalt aufgelöst und Demonstranten festgenommen. Wird einem Volk die Möglichkeit genommen, politische

MASTERPLÄNE

Lebenswerte Städte gestalten

Ein immer größerer Teil der Weltbevölkerung lebt in Städten. Daher ist es wichtiger denn je, dass sie den Bedürfnissen ihrer Bewohner heute und in Zukunft gerecht werden. Masterpläne können dazu beitragen – vorausgesetzt, die Planer halten sich an die behördlichen Verfahren, stimmen sich mit anderen Abteilungen der Stadtverwaltung ab und berücksichtigen das zur Verfügung stehende Budget und die rechtlichen Rahmenbedingungen. Bürgerbeteiligung ist ebenfalls ein bedeutender Erfolgsfaktor.

Von Katie Cashman

Gut geplante Städte lassen sich von solchen, die es nicht sind, leicht unterscheiden. Sie bieten:

- leicht zugängliche und erschwingliche Möglichkeiten für Wirtschaft, Freizeit und Kultur,
- ein sicheres und friedliches Umfeld,
- saubere Luft und sauberes Wasser,
- bequeme und bezahlbare Verkehrsmöglichkeiten und
- eine effiziente Land- und Energienutzung.

Eine gute Planung sorgt zudem dafür, dass die Bedingungen auch in Zukunft fortbestehen. In schlecht geplanten Städten hingegen sind die Menschen mit Zersiedlung, unsicherem und heruntergekommenem Wohnraum, Verkehrsstaus, Kriminalität, Umweltverschmutzung und sozialen Unruhen konfrontiert.

Gute Planung ist die Aufgabe von Stadtplanern in Zusammenarbeit mit vielen Teilen der Verwaltung, gesellschaftlichen Gruppen, Privatunternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Bürgern.

Ein Hauptinstrument dafür ist der Masterplan, an dem sich Wachstum und Entwicklung einer Stadt ausrichten. Er berücksichtigt die voraussichtlichen Veränderungen hinsichtlich Einwohnerzahl, Wirtschaftstätigkeit und dem Bedarf an Wohnraum, Verkehr und Gemeinschaftseinrichtungen. Der Masterplan für eine Stadt – und oft auch ihr Umfeld – definiert idealerweise eine realistische Vision für die Zukunft des Ballungsraums und geht zugleich seine unmittelbaren Bedürfnisse an.

Ein guter Masterplan kann auch dazu beitragen, eine Stadt gegen menschengemachte und Naturkatastrophen zu wappnen.

Das betont das UN-Wohn- und Siedlungsprogramm UN-Habitat in seinem „World cities report 2020“. Die Coronapandemie macht deutlich, wie wichtig es ist, Städte so zu planen, dass sie auf die Herausforderungen derartiger Krisen – in diesem Fall vor allem in der Gesundheitsversorgung – reagieren können.

Im Mittelpunkt der Planung steht die Stadt als Ganze. Ziel ist es, die einzelnen Bereiche wie Flächennutzung, Bebauung, Luft- und Wasserqualität, Energieverbrauch und Verkehr, Kommunikation, Abfallentsorgung und so weiter unter dem Dach eines Masterplans zusammenzuführen.

STRUKTURELLE TRENNUNG AUFHEBEN

Vor allem in Entwicklungsländern könne das eine große Herausforderung sein, sagt Shipra Narang Suri von UN-Habitat. Die verschiedenen Abteilungen der Stadtverwaltung seien dort häufig strukturell voneinander getrennt, was Zusammenarbeit schwierig mache. Stadtplaner und diejenigen, die für die Umsetzung verantwortlich sind, sollten laut Narang Suri zumindest im selben Gebäude sitzen. UN-Habitat bietet seine Beratungsdienste an, um die Zusammenarbeit von Abteilungen und auch mit externen Organisationen zu vermitteln.

Besonders wichtig ist die Abstimmung mit der Finanzabteilung, damit die Stadtplanung sich mit den finanziellen Prioritäten und Möglichkeiten der Stadt deckt. Narang Suri betont: „In der Stadtplanung denken wir häufig zu wenig darüber nach, wie der Plan finanziert werden soll. Die Möglichkeiten innovativer Finanzierung auszuloten ist ein fundamentaler Teil des Planungsprozesses.“ Das könne zum Beispiel eine neue lokale Steuer sein, öffentlich-private Partnerschaften oder die Nutzung nationaler Mittel für Projekte vor Ort.

Neben der Koordination müssen Stadtplaner den Planungsprozess in gleichem Maße in den Fokus nehmen wie den Masterplan selbst. Prozess und Ergebnis sind untrennbar miteinander verbunden. „Masterpläne haben zu lange Design und technische Aspekte von politischen, rechtlichen und Verwaltungsaspekten getrennt“, sagt Narang Suri. „Planungsprozesse liefen losgelöst von anderen Prioritäten ab, sie waren anders strukturiert und von anderen Teams gesteuert.“



Curitiba in Brasilien ist eine gut geplante, fußgängerfreundliche Stadt mit gutem öffentlichem Nahverkehr.

Ein fundiertes Verfahren bedeutet, zunächst die institutionellen Möglichkeiten einer Stadt zu ermitteln, einen Masterplan aufzustellen und umzusetzen. Dazu bedarf es einer genauen Analyse der Regierungsführung, der politischen Zielsetzungen und der rechtlichen Rahmenbedingungen. Dabei könnten Planer zum Beispiel eine Schwäche in einer Richtlinie feststellen, die die Planung behindert, oder umgekehrt eine bestehende Vereinbarung, die ihr entgegenkommt. Die Analyse ist eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der weiteren Schritte – dem Entwerfen einer Strategie, eines Aktionsplans und schließlich des physischen Plans.

Keiner der Schritte dürfe ausgelassen oder abgekürzt werden, betont Narang Suri. „Ohne die Strategie, die Vision und die institutionellen Rahmenbedingungen, die ihn unterstützen, ist der Plan bedeutungslos.“ Die Art und Weise, wie ein Masterplan entwickelt werde, entscheide über seinen Erfolg.

Und schließlich müsse der Plan auch von klar definierten und umsetzbaren gesetzlichen Bestimmungen getragen werden. Dazu gehören Planungsstandards, Vorgaben zur Flächennutzung, Strukturen für die Koordination von Planung und Bodenverwaltung sowie das Steuerrecht. Als Hilfestellung für diese Phase hat UN-Habitat 2018 die Handreichung „Planning law assessment framework“ veröffentlicht. Sie zeigt Möglichkeiten auf, um im Vorhinein zu ermitteln, ob die Planungsgesetze einer Stadt einen verlässlichen, langfristigen Rahmen für die Stadtentwicklung bieten, die ein Masterplan skizziert.

Zwei Gruppen von Indikatoren sind wesentlich. Die erste betrifft die rechtlichen Regelungen für die Stadtplanung. Darin geht es unter anderem darum, ob sie übereinstimmende Ziele definieren, für Transparenz der Verfahren sorgen, Zuständigkeiten der verschiedenen Institutionen benennen und Standards und Maßnahmen für die Umsetzung des Masterplans festlegen. Die zweite Gruppe ist eher technisch und zielt auf die grundlegenden Elemente der Planungsgesetze ab, etwa bezüglich Flächennutzung, Baurichtlinien oder Finanzierung.

Ein wichtiges Element in diesem Prozess ist die Beteiligung der Öffentlichkeit. Im ursprünglichen Sinne sind Masterpläne Richtlinien dafür, wie sich Städte verändern sollen. Sie dienen aber auch zur Weiterbildung. Einen Masterplan aufzustellen kann



Neue Verkehrsinfrastruktur wirkt sich langfristig aus: Straßenbau im Großraum Dhaka in Bangladesch im Jahr 2017.

– und sollte – die Möglichkeit eröffnen, die Kommunalverwaltung zu verbessern.

Planer sollten möglichst wichtige Stakeholder aus der Gesellschaft, der Wissenschaft und dem Privatsektor identifizieren und dafür sorgen, dass sie angehört werden. Die Einbeziehung von Frauen ist besonders wichtig, wird aber oft vernachlässigt. Input aus der Öffentlichkeit hilft den Verantwortlichen dabei, die Bedürfnisse der Stadtbewohner zu erkennen. Beteiligung sorgt für Informationsaustausch und Konsensfindung, die Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen und die Festlegung von Prioritäten.

Somit trägt Stadtplanung in nicht unerheblichem Maße auch zur Demokratisierung bei, wobei UN-Habitat diesen Aspekt nicht offiziell betont. Die UN-Organisation will nicht den Eindruck vermitteln, dass sie sich in die inneren Angelegenheiten eines Landes einmischt. Ihre technokratische Beratung von Mitarbeitern von Stadtverwaltungen beinhaltet nichtsdestotrotz den Hinweis, dass ein Masterplan, der ohne Beteiligung lokaler Stakeholder entsteht, kaum Aussicht auf Erfolg hat.

VISION VON NACHHALTIGKEIT

UN-Habitat bietet eine Vision des Lebens in der Stadt an, das von kompetenter Planung profitiert. Es ist möglich, kompakte, ganzheitliche und miteinander verbundene Stadtviertel zu erschaffen, die effizient mit Ressourcen umgehen und eine gute Art zu leben ermöglichen. Solche Städte lassen sich zum Beispiel leicht zu Fuß erschließen

und bieten attraktive und sichere öffentliche Räume.

Um Nachhaltigkeit zu erreichen, sollten Planer laut UN-Habitat insbesondere:

- genügend Platz für Straßen und ein effizientes Straßennetz vorhalten,
- eine große Dichte von mindestens 15000 Einwohnern pro Quadratmeter anstreben,
- Gebiete mit gemischter Nutzung bevorzugen, wobei mindestens 40 Prozent der Erdgeschossflächen jedes Viertels wirtschaftlich genutzt werden sollten,
- für eine soziale Mischung sorgen, indem 20 bis 50 Prozent der Grundfläche in jedem Viertel für Wohnungen für Menschen mit niedrigem Einkommen reserviert werden und
- monotone Strukturen begrenzen, so dass Blöcke mit nur einer Nutzung weniger als zehn Prozent jedes Viertels ausmachen.

LINKS

World cities report:

<https://unhabitat.org/wcr/>

Planning law assessment framework:

<https://unhabitat.org/planning-law-assessment-framework>



KATIE CASHMAN

ist Beraterin für nachhaltige Entwicklung und hat unter anderem für UN-Habitat und für die internationale

Umweltorganisation 2811 gearbeitet. Sie dankt Shipra Narang Suri von UN-Habitat für ihren Input zu diesem Text.

katie@2811.cl

FORSCHUNG

Wege aus extremer Armut und Hunger

Wissenschaftler der Universität Duisburg-Essen haben erforscht, wie sich die Situation von extrem armen und hungerleidenden Bevölkerungsgruppen verbessern lässt. Sie fanden heraus, dass soziale Sicherung, Landbesitz- und -nutzungsrechte sowie die richtige Förderung im Agrarbereich dabei entscheidend sind.

Von Frank Bliss und Karin Gaesing

Das Forschungsprojekt vom Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) untersuchte viereinhalb Jahre „Wege aus extremer Armut, Vulnerabilität und Ernährungsunsicherheit“. Dafür identifizierten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Ländern Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Kambodscha und Kenia sogenannte Good-Practice-Vorhaben in den Schwerpunktthemen soziale Sicherung, Landrechte und Wertschöpfungsketten und untersuchten ihre Wirksamkeit. Daraus leiteten sie Empfehlungen für die deutsche Entwicklungspolitik ab.

Eine Erkenntnis des Forscherteams ist, dass Ultra-Armen ohne soziale Sicherungssysteme nicht aus der Armut geholfen werden kann. Bislang sehen sich Geber und selbst auf Armutsminderung fokussierte Nichtregierungsorganisationen (non governmental organisations – NGOs) meist nicht in der Lage, extrem Arme und Ultra-Arme zu erreichen.

Dies muss sich nach Ansicht der Forscher ändern. Optimal wäre ihnen zufolge, in den ärmeren oder extrem armen Ländern soziale Sicherungssysteme aufzubauen. Dabei gäbe es zwei verschiedene Modelle, zum einen direkte, unkonditionierte Geldzahlungen für Individuen oder Familien, in denen niemand erwerbsfähig ist. Zum anderen könnte es versicherungsbasierte Lösungen für die Menschen geben, die zwar erwerbsfähig sind, aber keine Chance auf eine Arbeit haben (siehe Beitrag von Hans Dembowski im Monitor des E+Z/D+C e-Papers 2019/11).

Ärmere Länder benötigen für den Aufbau beider Systeme zumindest zeitweise finanzielle Unterstützung, wozu auch Deutschland seinen Beitrag leisten sollte. Ein wichtiger Punkt ist hier auch, die Vulnerabilität von Menschen zu sehen, die knapp oberhalb der Armutsgrenze leben. Es ist

aler Sicherung etabliert werden, das Menschen vor dem Fall unter die Armutsgrenze bewahren kann (zunächst in Form von Kranken- und Rentenversicherungen).

FÖRDERUNG IM AGRARBEREICH

Die Untersuchungen belegen, dass eine Förderung im Bereich der Agrarproduktion nicht allein für Betriebe mittlerer Größe, sondern auch für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen sinnvoll ist. Bislang greifen entsprechende Maßnahmen gerade für arme Bevölkerungsgruppen und in weniger begünstigten Klimazonen oft zu kurz. Im Mittelpunkt steht bislang zumeist die Förderung der landwirtschaftlichen Produkti-



Förderung im Bereich Landwirtschaft ist bei der Armutsminderung entscheidend: Frauen, die marktorientierten Gemüseanbau in Burkina Faso betreiben.

ebenso wichtig, die extrem armen Bevölkerungsgruppen dabei zu unterstützen, sich aus der Armut zu befreien („Graduierung“), wie auch vulnerable Haushalte vor dem (erneuten) Abrutschen in die Armut zu bewahren.

Nach Auffassung der International Labour Organization (ILO, 2014) sollte überall auf der Welt ein System nachhaltiger sozi-

on selbst. Daneben wird die Sicherheit von Landrechten und -nutzung sowie die Notwendigkeit, die natürlichen Ressourcen zu erhalten, nicht immer hinreichend berücksichtigt (siehe unseren Beitrag im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2017/07).

Idealerweise sollten entwicklungspolitische Maßnahmen im Agrarbereich Folgendes leisten:

- Maßnahmen für langfristige Nutzungsrechte fördern – gerade auch für Frauen. Dabei dürfen zum Beispiel bei der Eintragung von Landtiteln auch traditionelle Nutzungsrechte nicht wegfallen. Individuelle Landtitel sind nicht überall die beste Lösung. Auch sekundäre (sich überlagernde, unklare oder umstrittene) Nutzungsrechte sind zu berücksichtigen. Ein Beispiel ist der Konflikt zwischen Ackerbauern und Wanderviehhirten in den Sahelländern Burkina Faso, Mali, Niger oder Tschad (siehe Beitrag von Djerlar Miankeol im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2017/07).

- Boden- und wasserschützende Maßnahmen sollten überall umgesetzt werden, wo dies notwendig und sinnvoll ist. Auch die Wiederherstellung und vor allem Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit und damit der Produktivität sind wichtige Maßnahmen, auf die andere Förderschritte aufbauen. Eine Änderung der Landnutzung kann dabei sinnvoll sein wie zum Beispiel die Einführung von Bewässerung, die Diversifizierung der Anbauprodukte oder die Anlage von (Obst-)Baumkulturen.

- Begleitend zur Förderung der Landwirtschaft ist der Aufbau der Infrastruktur wichtig, um etwa durch Zugangsstraßen den Zugang zu Märkten zu ermöglichen oder die Verarbeitung von Produkten durch die Anbindung an ein Stromnetz und eine gute Wasserversorgung zu fördern. Die Strategie sollte insgesamt in Richtung integrierter ländliche Entwicklung gehen.

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, dass Kleinbauern Zugang zu Krediten erhalten – etwa über einen Gruppen-

oder Kooperativansatz mit z.B. Produktlager als Sicherheiten. Kredite werden oft auch bereits für die Produktion benötigt, etwa für die Rekrutierung zusätzlicher Arbeitskräfte während kurzer Pflanzperioden.

Ebenso ist eine zeitliche Streckung der Rückzahlung der Kredite zwei bis vier Monate über die Erntezeit hinaus relevant, damit die Produzenten von Preissteigerungen profitieren können und nicht gleich nach der Ernte zu einem niedrigen Preis verkaufen müssen. Angesichts eines Bedarfs an (einfacher) Mechanisierung in einer Vielzahl von Ländern sollten zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten über zwei bis drei Jahre geschaffen werden. Hierdurch können sich auch ärmere Haushalte zum Beispiel Geräte wie einen Handtraktor anschaffen.

Eine weitere Erkenntnis ist, dass analog zur gemeinschaftlichen Förderung der Produktion auch verstärkt an kooperative Modelle zum Ressourcenmanagement gedacht werden sollte. Gute Beispiele für erfolgreiche Arbeit liefern hier Äthiopien und Burkina Faso. Notwendig wären zudem Kooperationsstrukturen für ganze Wassereinzugsgebiete, was bisher z. B. in Äthiopien der Staat leistet, allerdings mit einem Top-down-Ansatz.

Die Zusammenarbeit und Organisation von Produzenten bis hin zur regionalen und nationalen Ebene bietet sich auch an, um Marktmacht aufzubauen sowohl für den Verkauf eigener Erzeugnisse als auch für die Beschaffung von Inputs und Gerätschaft. Ein Projektbeispiel aus Kenia hat zudem gezeigt, dass darüber hinaus auch Lobbyfunktionen (etwa von Frauenorganisationen)

wahrgenommen werden können, die ebenso stärker gefördert werden sollten.

LITERATUR

Bliss, F., 2020: Soziale Sicherungssysteme als unverzichtbarer Beitrag zur Bekämpfung von extremer Armut, Vulnerabilität und Ernährungsunsicherheit. Analysen und Empfehlungen. AVE-Studie 24. Duisburg (INEF).

Gaensing, K., 2020: Zugang zu Land und Sicherung von Landrechten in der Entwicklungszusammenarbeit. Analysen und Empfehlungen. AVE-Studie 22. Duisburg (INEF).

Institut für Entwicklung und Frieden, 2016–2020: Good Practice-Berichte sowie umfassende Fallstudien und Strategiepapiere zu dem Forschungsvorhaben unter: https://www.uni-due.de/inef/inef_projektreihen.php

ILO, 2014: World social protection report. Building economic recovery, inclusive development and social justice. Geneva.



FRANK BLISS
ist Professor für Ethnologie an der Universität Hamburg und freier entwicklungspolitischer Gutachter.

bliss.gaensing@t-online.de



KARIN GAESING
ist Geographin und Raumplanerin an der Universität Duisburg-Essen und freie entwicklungspolitische

Gutachterin.

kgaensing@inef.uni-due.de

Querschnittsthemen stärken

Zur Armutsminderung trägt auch bei, die Querschnittsthemen Gender, Partizipation und sozio-kulturelle Faktoren von Entwicklung zu stärken. Bislang werden international Gender-Aspekte überwiegend nicht als Querschnittsthema behandelt, sondern als Zusatzaufgabe oder nicht selten als „Mehraufwand“ betrachtet.

In der technischen Zusammenarbeit (TZ) ist dies anders, dort erfolgt eine intensivere Berücksichtigung von Gender-Aspekten. Allerdings setzen Gender-Beiträge nicht selten relativ spät innerhalb eines Projekts ein, so dass sie die Zielvorgaben und Handlungsfelder nicht mehr substanziell beeinflussen können.

Der Aspekt der Partizipation, verstanden als Bevölkerungsbeteiligung bei Planung, Implementierung und Evaluation von Vorhaben, ist derzeit konzeptionell in der deutschen staatlichen Entwicklungspolitik nicht mehr konkret verankert. Partizipation findet in der Praxis nur sehr wenig und allenfalls als Konsultation (anstelle von Mitwirkung oder Mitbestimmung) der beteiligten Bevölkerung statt. Entscheidungen über angestrebte

tiefgreifende Änderungen der Lebensumstände der Bevölkerung werden meistens vor Projektbeginn getroffen. So können die Beteiligten nicht darüber mitentscheiden, was genau getan werden sollte, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Berücksichtigt die Entwicklungspolitik diese Aspekte, kann sie dagegen einen wichtigen Beitrag zur Minderung von extremer Armut leisten. fb/kg



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

facebook

D+C

D+C Development
and Cooperation
@development.and.cooperation

- Startseite
- Beiträge
- Fotos
- Info
- Community

Seite erstellen



Gefällt mir Teilen Änderungen vorschlagen Mehr dazu Nachricht

Beiträge

D+C D+C Development and Cooperation
19 SEITE

The World Bank reckons that the money migrants sent home amounted to about 10 % of the Philippines gross domestic product in the past decade.



DANOC EU
Masses of Filipino women live and work abroad
Masses of Filipino women live and work abroad. Relatives depend on...

32 1 Mal geteilt

Gefällt mir Kommentieren Teilen

Community

Alle anzeigen
218.501 Personen gefällt das
218.690 Personen haben das abonniert

Info

Alle anzeigen
Kontaktiere D+C Development and Cooperation in Messenger
www.dandc.eu
Zeitschrift

Seitentransparenz

Mehr anzeigen
Facebook möchte mit diesen Informationen Transparenz machen, warum es bei dieser Seite geht. Hier erfährst du mehr zu den Personen, die die Seiten verwalten und Beiträge zum posten.

Seite erstellt: 8. Januar 2014

Personen

218.561 „Gefällt mir“-Ausgaben

Ähnliche Seiten

Deutschland.de





Diaspora

Migrantengemeinschaften prägen ihre alte und ihre neue Heimat. Sie bauen entwicklungsrelevante Brücken zwischen den Nationen, die für beide Länder relevant sind. Dabei geht es nicht nur um das Geld, das Auswanderer ihren Familien schicken. Wichtig ist auch ihr Einfluss auf Politik, Kultur und Gesellschaft. In Ziel- wie Herkunftsländern sollte die Politik zum Nutzen aller Betei-

ligter eng mit Diasporagemeinschaften zusammenarbeiten. Diese sind wichtige Partner, um breiten und nachhaltigen Wohlstand zu verwirklichen.



Die Beiträge dieses Schwerpunkts haben vielfältige Verbindungen zu den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDGs).



Daisy Tanja Scheffler (2.v.r.) im Gespräch mit teilnehmenden Schülerinnen eines Medienkompetenz-Workshops von Future of Ghana, der von der Telekom-Stiftung gefördert wurde.

das Vorbilder-Projekt an. Dabei geht es um Karriereberatung, für die wir verschiedene Formate haben – Berufsmessen, Firmenbesuche und Stipendien etwa oder ein Berufscoaching sowie Bewerbungstrainings. Wir arbeiten hierbei viel mit Unternehmen zusammen und versuchen Kontakte zu vermitteln. Beim Projekt Business wiederum geht es vor allem darum, junge Schwarze Menschen mit anderen Gründern zu vernetzen – egal, ob sie noch ganz am Anfang stehen oder schon ein eigenes Unternehmen oder eine Organisation gegründet haben. Hier geht es vor allem um den Austausch, und wir bieten Workshops an, um Gründerinnen und Gründer bei der Weiterentwicklung ihrer Geschäftsidee zu unterstützen. Insgesamt geht es bei unseren Projekten im Grunde immer darum, die wirtschaftliche und soziale Stellung der Schwarzen in der Gesellschaft zu verbessern. Und wir möchten Vorurteile gegen Schwarze Menschen entkräften.

VEREIN FUTURE OF GHANA

Schwarze Menschen sichtbar und stark machen

„Wir machen Schwarze Menschen dort sichtbar, wo sie nicht sichtbar sind“, lautet das Motto von Future of Ghana (FoG) Germany. Der Verein findet, dass Schwarze Menschen in Deutschland nicht genug repräsentiert sind. Das „S“ in schwarz ist bewusst großgeschrieben, um einen emanzipatorischen Widerstand zu zeigen. Was FoG erreichen möchte, erklärt Mitarbeiterin Daisy Tanja Scheffler E+Z/D+C.

Daisy Tanja Scheffler im Interview mit Claudia Isabel Rittel

An wen richtet sich Ihr Verein?

Wir richten uns an alle Menschen, die an der Afro-Deutschen Community, der afrikanischen Diaspora, interessiert sind – egal, ob Alt oder Jung, ob Schwarz oder Weiß. Wir sind sehr offen, da wir unterschiedliche Projekte haben, die auch unterschiedliche Zielgruppen ansprechen. Der Fokus liegt aber auf jungen Menschen mit afrikanischen Wurzeln. Aktuell sind wir vor allem in Hamburg, Berlin und Hannover aktiv.

Eines Ihrer Projekte heißt Vorbilder. Wie funktioniert das?

Vorbilder ist ein Mentoring-Projekt. Das bedeutet, dass wir für Schwarze Kinder

und Jugendliche Mentoren finden, sie in einem Zeitraum von einem Jahr regelmäßig begleiten. Das läuft in erster Linie über Freizeitaktivitäten. Dabei geht es viel um Empowerment. Wir wollen den Kindern und Jugendlichen eine Bezugsperson und ein Vorbild geben, das ihnen auch in beruflicher Hinsicht neue Möglichkeiten aufzeigen kann. Ziel ist es, den Horizont der jungen Leute zu erweitern.

Wer sind die Mentorinnen und Mentoren?

Die Idee ist: Schwarze Mentoren für Schwarze Mentees. Wir glauben, dass die Jugendlichen Mentoren brauchen, die die kulturellen Schwierigkeiten und die Herausforderung zu Hause mit den Eltern ebenso verstehen wie die strukturelle Diskriminierung, der die Jugendlichen ausgesetzt sind. Dabei versuchen wir darauf zu achten, dass Mentor und Mentee einen ähnlichen Hintergrund haben. Die ersten Mentoren haben wir über den Freundes- und Bekanntenkreis rekrutiert, und dann hat sich das relativ schnell herumgesprochen. Mittlerweile melden sich auch viele über unsere Social-Media-Kanäle.

Welche anderen Projekte setzen Sie um?

Die Idee ist immer, zu fördern. Das Projekt Berufsorientierung schließt insofern an

Ihr Vereinsname ist Future of Ghana Germany. Welchen Bezug gibt es zu Ghana?

Der Name kommt von unserem Schwesterverein Future of Ghana in England. Allerdings wollen wir in Deutschland ein Verein für die ganze Schwarze Community sein. Vor unserer Gründung 2017 hatte Initiatorin Lucy Larbi dort an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen und sich überlegt, dass wir auch in Deutschland so etwas brauchen, weil Schwarze Menschen hier oft nicht gesehen werden, ihr Potenzial nicht genutzt wird und auch der Zusammenhalt in der Community nicht so gut ist. Daraufhin hat sie einen Aufruf auf Facebook gestartet, und es hat sich eine Gruppe gefunden. Den Bezug zu Ghana sieht man auch im Team. Von zwölf Mitgliedern im Kernteam haben elf einen ghanaischen Hintergrund und eines einen nigerianischen. Bei den Mitgliedern ist das gemischter.

Wie startete der Verein?

Parallel zur Gründung entstand auf Initiative von Lyn Birago, die damals Sonderpädagogik studierte, das Vorbilder-Projekt. Es war das erste, das anlief, und ist bis heute das größte Projekt. Lyn war damals Schulbegleiterin an einer Hamburger Schule und merkte, dass viele Kinder gar nicht an sich glauben. Sie meinen, dass sie das Abitur und nicht mal den Hauptschulabschluss schaffen. Im Gespräch mit Lehrerinnen und Lehrern hat



**Future of Ghana
fördert auch
Gewerbetreibende in
Ghana.**

ausgelöst. Welche Rolle spielt die Bewegung Black Lives Matter in Ihrem Umfeld?

Für uns war Black Lives Matter (BLM) schon immer wichtig. In diesem Jahr haben wir dadurch einen enormen Zuwachs an Ehrenamtlichen bekommen, die jetzt aktiv etwas dazu beitragen möchten, unsere Community zu stärken. Außerdem sind wir im Mai und Juni, als das Thema aktuell war, viel von Medien zum Thema BLM angefragt worden. Da hatte ich aber das Gefühl, dass es nur um den Moment ging, es aber kein langfristiges Interesse gibt. In Social Media sehe ich hingegen schon, dass es immer mehr Formate gibt, die die Community ansprechen. Da habe ich den Eindruck, dass inzwischen mehr diskutiert wird und dass sich unsere Community auch selbst aktiver einbringt als früher. In der Gesellschaft an sich habe ich das Gefühl, dass sich jüngere Menschen viele Gedanken machen und auch für Dinge entschuldigen, die sie mal gesagt haben. Bei älteren Menschen über 50 sehe ich hingegen wenig Interesse.

Lyn Birago dann festgestellt, dass viele der Schwarzen Kinder einen vermeintlichen Förderbedarf haben. Daraufhin hat sie andere Schwarze – unter anderem auch mich – angesprochen und gefragt ob wir die Schülerinnen und Schüler unterstützen könnten.

Hat Ihre Arbeit hier in Deutschland Auswirkungen auf Ghana?

Es gab schon eine Delegationsreise und eine Einladung zum Ländergespräch Ghana des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), um Rahmenbedingungen und Ziele der deutschen Zusammenarbeit mit Ghana zu erörtern. Im kommenden Jahr soll es weitere Austausche geben. Außerdem unterstützen viele von uns privat irgendwelche Organisationen oder Unternehmen in Ghana.

Sie unterstützen aus der Diaspora heraus auch die Gründung von Firmen in Ghana und Kamerun?

Ja, dabei arbeiten wir mit der GIZ zusammen, die das WIDU-Projekt des BMZ umsetzt (siehe Monitor von Sabine Balk im e-Paper 2020/11). Hintergrund ist, dass viele Migranten Geld in ihre Herkunftsländer schicken. Über die Onlineplattform WIDU.africa legen Menschen in der Diaspora und Menschen im Herkunftsland Geld für eine Businessidee im Entwicklungsland zusammen. Das gespendete Geld wird von der deutschen Regierung aufgestockt, um ein Start-up oder ein Kleinunternehmen in Ghana zu unter-

stützen. Diesen Prozess begleiten wir online und bieten Workshops dazu an.

Was betrachten Sie als besonderen Erfolg?

Uns gibt es ja erst seit 2017. In dieser relativ kurzen Zeit haben wir Strukturen geschaffen – von Personalstellen bis zu einem eigenen Büro – und haben sehr viele Ehrenamtliche gewonnen. Im Mentoring-Projekt haben wir mehr als 80 Patenschaften vermittelt. Da sind wir sehr schnell gewachsen. Obwohl wir bis auf eine feste Stelle und ein paar Minijobs nur mit Ehrenamtlichen arbeiten, arbeiten wir sehr beständig. Für unser Vorbilder-Projekt haben wir dieses Jahr sogar den Hidden Movers Award der Deloitte-Stiftung gewonnen. Ein weiteres Highlight war ein Gespräch mit dem Vizepräsidenten Ghanas darüber, wie die Diaspora in Deutschland die wirtschaftliche sowie soziale Weiterentwicklung Ghanas unterstützen kann.

Welchen Schwierigkeiten sind Sie begegnet?

In den ersten zwei Jahren hatten wir so gut wie kein Geld. Und beim Vorbilder-Projekt mussten wir immer wieder erklären, warum wir nur Schwarze Menschen als Mentoren vermitteln wollen. Zudem ist es schon eine Herausforderung, so viele Projekte fast nur mit Ehrenamtlichen zu machen.

Polizeigewalt gegen Schwarze Menschen in den USA, aber auch in Europa hat erneut eine internationale Debatte über Rassismus

Welche Pläne und Ziele haben Sie als Verein?

Zunächst wollen wir den Fokus auf unsere internen Strukturen legen, sie festigen und transparenter gestalten. Inhaltlich haben wir in den einzelnen Projekten unterschiedliche Ziele. Insgesamt aber wollen wir weiter wachsen. Seit Ende 2020 haben wir mit Hannover einen ersten Standort außerhalb von Hamburg. Da wollen wir unsere Projekte testen und wenn möglich etablieren. Außerdem planen wir aktuell zwei Austauschprojekte mit Ghana. Das eine ist eine Jugendbegegnungsreise, bei der sich Jugendliche in Ghana treffen und die unter dem Themenschwerpunkt Umwelt und Nachhaltigkeit steht. Bei einer zweiten Reise nach Ghana organisieren wir Begegnungen von Fachleuten aus Deutschland und Ghana, die mit Menschen mit Behinderung arbeiten.



**DAISY TANJA SCHEFFLER
ist die einzige hauptamtliche
Mitarbeiterin im Verein Future
of Ghana Germany. Sie hat
Medien- und Kommunika-**

tionsmanagement studiert und zunächst beim Fernsehen gearbeitet. Ihre Mutter kommt aus Ghana, ihr Vater aus Deutschland.

t.scheffler@futureofghana.com

<https://fog-germany.de>

BURUNDI

Unbekannter Geldfluss

Burundier, die im Ausland leben, tragen zur Entwicklung ihres Heimatlandes bei. Sie schicken Geld an ihre Familien und finanzieren den Aufbau wichtiger Infrastrukturen, etwa von Krankenhäusern, Schulen und Hotels. Wie groß dieser Geldfluss insgesamt ist, wird allerdings nicht erfasst.

Von Mireille Kanyange

Menschen aus Burundi leben auf der ganzen Welt; beliebte Auswanderungsziele sind beispielsweise Kanada, Australien und Belgien. Viele bleiben auch auf dem afrikanischen Kontinent: So lebt etwa eine große Zahl von Burundiern im Nachbarland Tansania. Wie viele es in den einzelnen Ländern genau sind, ist jedoch nicht bekannt.

Viele Burundier, die im Ausland leben, schicken Geld in die Heimat – allerdings deutlich weniger als Migranten aus anderen Ländern der Region: Laut einem Bericht der Weltbank waren es im Jahr 2016 durchschnittlich 140 Dollar, während ein Auslandsstansanier im Schnitt 1448 Dollar nach Hause schickte und ein Auslandskenianer sogar 1593 Dollar. Möglicherweise sind aber auch nicht alle Kanäle, durch die Geld fließt, bekannt.

Wer nicht nur seine Familie unterstützen, sondern in Burundi investieren will, erhält Hilfe vom Staat. Dazu gibt es die Agence de Promotion des Investissements (API), die eng mit der Steuerbehörde Office Burundais des Recettes (OBR) zusammenarbeitet.

DEVISENMANGEL

Für Geldtransfers nutzen die meisten Mitglieder der burundischen Diaspora den Dienstleister Western Union. Allerdings bekommen die Empfänger das Geld stets in der Landeswährung Burundi-Franc ausbezahlt. Denn die Zentralbank will die Kontrolle über den Devisenverkehr im Land behalten. Das ist auch ein Grund dafür, dass sie im Februar 2020 angeordnet hat, alle Wechselstuben zu schließen. Geldwechsel ist nunmehr ausschließlich bei Banken möglich.

„Das Land hat einen eklatanten Devisenmangel, und die Zentralbank versucht, mit autoritären Maßnahmen alle Devisen zu kontrollieren, die ins Land kommen, und eine Abwertung des Burundi-Franc gegenüber dem Dollar zu verhindern“, erklärt der unabhängige Wirtschaftsexperte Faustin Ndikumana.

2016 hat Burundis Regierung in Zusammenarbeit mit der Internationalen Or-

ganisation für Migration (IOM) eine nationale Diaspora-Politik formuliert. Ziel ist ein regelmäßiger Austausch mit Burundiern im Ausland über die von ihnen gegründeten Diaspora-Organisationen. Mit Hilfe der Botschaften will das Außenministerium unter anderem Zollangelegenheiten erleichtern. Rücküberweisungen sollen mittels der Post geschehen.

Mit Unterstützung der IOM wird auch eine Zählung der Auslandsburundier in zunächst zwei Ländern vorgenommen, wie der Leiter der für die Diaspora zuständigen Behörde im Außenministerium, Philbert Murekambanze, bekanntgab. Welche das sind, sagte er nicht. Seinen Angaben zufolge werden die Menschen, die aus Burundi



Eine bekannte Auslandsburundierin ist die Sängerin Khadja Nin, die in Belgien lebt, hier aufgenommen beim Filmfestival in Cannes 2018.



emigrieren, nicht erfasst, weshalb ihre Zahl auch nicht bekannt sei.

KRANKENHAUS UND RADIOSENDER

Seit 2016 richtet die Regierung regelmäßig Ende Juli eine Diaspora-Woche in Burundi aus. Bei der dritten Veranstaltung dieser Art – im Jahr 2018 –, an der 300 Auslandsburun-

dier aus 26 Ländern teilnahmen, betonte der Vorsitzende der burundischen Diaspora-Organisationen, Japhet Legentil Ndayishimiye, dass die Diaspora zur Entwicklung in vielen Bereichen beitrage, darunter Gesundheit und Bildung. Als Beispiele nannte er einen Komplex im Dorf Kigutu in der südlichen Provinz Bururi, zu dem ein Krankenhaus und eine Internatsschule gehören. Erbaut wurde er von Deogratias Niyonzima, der in den USA lebt. Burundis ehemaliger Präsident Pierre Nkurunziza hat Niyonzima zweimal für seinen Beitrag zur Entwicklung des Landes ausgezeichnet.

Ein weiteres Beispiel ist André Nkeshimana, der in den Niederlanden lebt und die Organisation IZERE-Hollande leitet. Diese bringt unter anderem Medizin für chirurgische Eingriffe, insbesondere zur Korrektur von Lippen- und Gaumenspalten, aus den Niederlanden nach Burundi. Auch einkommensschaffende Maßnahmen gehören zu ihrem Engagement. Andere Auslandsburundier haben dazu beigetragen,

eine Universität und ein Community-Radio aufzubauen.

Die politische Krise in Burundi, die 2015 eskalierte, als Nkurunziza zum dritten Mal als Präsident kandidierte (siehe Gesine Ames in E+Z/D+C e-Paper 2015/07, Schwerpunkt), machte auch vor der Diaspora und ihren Vertreter nicht Halt. Der aktuellen Repräsentanz wird Regierungsnähe nachgesagt. Andere Diaspora-Mitglieder sollen mit der Opposition im Ausland sympathisieren. Auch aus ethnischen Gründen ist die burundische Diaspora keine homogene Gruppe und spricht nicht mit einer Stimme – auch wenn die Diaspora-Behörde im Außenministerium der Vorstellung einer gespaltenen Diaspora widerspricht.



MIREILLE KANYANGE
ist Journalistin und Reporterin
bei Radio Isanganiro in
Burundi.
mika.kanyange@gmail.com

DIASPORA-GEMEINSCHAFTEN

Langzeitphänomen

Sehr viele Philippinerinnen leben und arbeiten im Ausland. Ihre Angehörigen und die Wirtschaft sind abhängig von dem Geld, das sie in die Heimat schicken.

Von Emmalyn Liwag Kotte

„Die Einsamkeit war oft so unerträglich, dass ich manchmal dachte, ich werde verrückt“, beschreibt Jane ihre ersten Monate im norddeutschen Schleddehausen. Gebete retteten sie, sie ging oft zur Kirche. Auch Treffen mit anderen philippinischen Krankenschwestern, die wie sie unter Heimweh litten, halfen. Sie teilten ihre Trauer darüber, die Familie und kleine Kinder zurückgelassen zu haben, und weinten gemeinsam, bis der Schmerz nachließ. Ohne ihre Mütter aufzuwachsen war natürlich auch für die Kinder schwierig.

Jane lernte schnell Deutsch und begann ihr neues Umfeld bald zu schätzen.

Sie arbeitete hart, die Kollegen akzeptierten sie. Dank ihres Einkommens konnten ihre Kinder auf den Philippinen eine gute Schule besuchen. Die Entscheidung war hart, aber sie bereut sie nicht.

Jane war eine von vielen Krankenschwestern und Hebammen, die in den 1970er Jahren die Philippinen verließen. Nicht nur Deutschland rekrutierte medizinisches Personal, auch Länder wie Britannien und die USA waren auf Einwanderer angewiesen. Die philippinische Regierung unter dem damaligen Präsidenten Ferdinand Marcos sah Arbeitsmigration als temporäre Lösung gegen hohe Arbeitslosigkeit und steigende Auslandsschulden an.

Zunächst gingen überwiegend Männer zu Ölförderstätten im Mittleren Osten – offiziell als ausländische Vertragsarbeiter (overseas contract workers – OCWs), da sie die Philippinen mit Arbeitsverträgen ihrer Arbeitgeber verließen.

Auch 1986, nach dem Sturz des Despoten Marcos, setzte sich der Exodus fort. Die philippinische Behörde für Arbeit in Übersee (Philippine Overseas Employment Administration – POEA) besteht seit 1982. Sie sollte ein „systematisches Programm zur Förderung und Überwachung der Arbeit philippinischer Arbeiter im Ausland“ einführen. Über die Jahrzehnte hat sie Millionen von Arbeitsverträgen betreut, in den vergangenen zehn Jahren gingen durchschnittlich pro Tag mindestens 5000 Arbeitskräfte ins Ausland.

WAS STATISTIKEN AUSSAGEN

2013 lebten und arbeiteten nach Schätzungen der Kommission für Filipinos in Übersee (Commission on Filipinos Overseas – CFO) um die 10,2 Millionen Philippiner im Ausland. Rund 4,9 Millionen von ihnen sind dauerhaft in den Zielländern geblieben, die meisten in den USA, Kanada, Australien, Japan, Britannien, Italien, Singapur, Deutschland, Spanien und Neuseeland. Weitere 4,2 Millionen arbeiten mit temporären Arbeitsverträgen überwiegend in Asien und rund 1,2 Millionen illegal in Ländern wie Malaysia, USA und Italien.

Laut Weltbank machte das in die Heimat geschickte Geld der Migranten in den vergangenen zehn Jahren rund zehn Prozent des philippinischen Bruttoinlandsprodukts aus. Also profitieren nicht nur die Familien direkt – das Geld ist ein wichtiger Treiber der philippinischen Wirtschaft. Ohne Arbeitsmigration wäre die Armut größer und die politische Ordnung weniger stabil.

56 Prozent der zwei Millionen im Ausland arbeitenden Filipinos, deren Verträge die POEA 2019 bearbeitete, sind laut der philippinischen Statistikbehörde Frauen. Ungeregelt ausgewanderte Philippinerinnen tauchen in diesen Zahlen nicht auf. Seit den 1980er Jahren haben viele als Touristinnen das Land verlassen und arbeiten ohne Papiere im Ausland.

Da in reichen Ländern viele Frauen arbeiten, sind dort philippinische Pflegekräfte und Haushaltshilfen gefragt. Die Statistikbehörde erhob 2019, dass fast 40 Prozent der neu ausgereisten Migranten einfache Tätigkeiten wie Hausarbeit verrichten. Hauptziel ist Saudi-Arabien, gefolgt von den Vereinigten Arabischen Emiraten, Hongkong, Taiwan und Kuwait. Das birgt Risiken wie sexuelle und körperliche Gewalt sowie Ausbeutung – vor allem für Frauen ohne Papiere, die nicht zur Polizei gehen können.

Etliche Philippinerinnen wurden von ihren Arbeitgebern missbraucht und getötet – häufig, aber nicht nur, im Nahen Osten. Bekannt wurde der Fall der 29-jährigen Haushaltshilfe Joanna Demafelis, die tot im Eisschrank ihrer Arbeitgeberin in Kuwait aufgefunden wurde. Daraufhin verbot die philippinische Regierung im Februar 2018 den Einsatz philippinischer Arbeiter in Kuwait. Wenig später hob sie das Verbot jedoch wieder auf: Arbeitsmigration ist zu wichtig für das Land.

EXODUS IM GESUNDHEITSWESEN

Ausgebildete Frauen, die auswandern, bekommen oft formale Jobs mit besserem Schutz. Fast 17 000 philippinische Krankenschwestern unterzeichneten 2019 Arbeitsverträge im Ausland.

Im April 2020 stoppte Präsident Rodrigo Duterte wegen Corona zeitweise die Ausreise von Gesundheitspersonal. Laut POEA war der Schritt nötig, weil im Land selbst rund 290 000 Mitarbeiter im Gesundheits-



Philippinische Krankenschwester in einem deutschen Krankenhaus, 1992.

wesen fehlen und durchschnittlich pro Jahr 13 000 weitere abwandern und so den Mangel noch verschlimmern. Das Verbot wurde im November teilweise aufgehoben, nun dürfen jährlich 5000 Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger das Land verlassen.

Arbeitnehmervertreter waren gegen das Verbot, sie sahen darin eine Verletzung von Rechten. Kritiker bemängelten zudem, das Gehalt philippinischer Krankenschwestern sei das niedrigste in ganz Südostasien. Ein neues Gesetz hebt die Monatsgehälter in staatlichen Kliniken nun auf mindestens umgerechnet 545 Euro an – umgesetzt wurde es aber noch nicht. In Deutschland verdient eine philippinische Krankenschwester rund 2000 Euro. Die Lebenshaltungskosten sind zwar höher, trotzdem kann sie einiges davon nach Hause senden.

Marie kam 2016 als Krankenschwester nach Hamburg. Viele ihrer Kolleginnen in den Philippinen haben inzwischen Arbeitsverträge in Deutschland unterschrieben

und stehen kurz vor der Ausreise. Mit dem „Triple Win Project“ möchte die Bundesagentur für Arbeit medizinisches Personal aus dem Ausland gewinnen (siehe Richa Arora in der Debatte des E+Z/D+C e-Papers 2020/06).

Vieles ist heute einfacher als in den 1970er Jahren. Marie hält über Messengerdienste und Facebook Kontakt zur Familie. Sie lernte schon in Manila Deutsch und bereitete sich in Orientierungskursen auf das Leben in Hamburg vor. Ihr Einkommen finanziert die Ausbildung der Geschwister – eigene Kinder musste sie nicht zurücklassen. Marie hat ihre Karriere danach ausgerichtet, mehr Geld zu verdienen und ihre Familie zu unterstützen.



EMMALYN LIWAG KOTTE
ist freie Journalistin und lebt in Deutschland.

emmaly320@hotmail.com



Der Aufstieg von Kamala Harris, der ersten Frau, Schwarzen und Südasiatin im Vizepräsidentenamts der USA, beeindruckt Frauen in Painganadu, dem Dorf in Tamil Nadu, aus dem ihr Großvater stammte.

MIGRATION

Einfluss ohne Wahlbeteiligung

Auslandsinder haben im Herkunftsland Einfluss auf Wirtschaft, Politik, Kultur und Gesellschaft. Alle großen Parteien genießen in der Diaspora eine gewisse Unterstützung.

Von Roli Mahajan

Protestierende Bauern haben in Indien den Winter geprägt. Prominent vertreten waren Landwirte aus dem Punjab, wo viele Sikhs leben. Zu Zehntausenden versammelten sie sich am Stadtrand von Delhi, wo sie Polizeigewalt und schlechtem Wetter ausgesetzt waren. Sie engagierten sich gegen Agrarreformpläne der nationalen Regierung, weil sie den Abbau von Subventionen fürchteten. Die Regierung wollte Marktkräfte stärken.

Die Lage war angespannt, aber von prominenten Auslandsindern kam Unterstützung. Viele haben Verwandte in Indien, die tendenziell von der Landwirtschaft abhängen. Besonders stark vertreten waren abermals Sikhs. So tweetete beispielsweise Tanmanjeet Singh Dhese, der für die Labour

Party im britischen Unterhaus sitzt: „Ich halte zu den Bauern aus Punjab und anderen Teilen Indiens, zu Angehörigen und Freunden, die friedlich gegen die drohende Liberalisierung der Agrarmärkte protestieren.“

Ein weiterer prominenter Unterstützer war Kanadas Verteidigungsminister Harjit Sajjan, ebenfalls ein Sikh. Ein Tweet von ihm lautete: „Berichte über Polizeigewalt gegen friedliche Demonstranten in Indien sind sehr beunruhigend.“ Sogar Kanadas Premierminister Justin Trudeau nahm Stellung. Er teilte mit, seine Regierung habe „unsere Besorgnis auf mehreren Kanälen“ den indischen Amtskollegen mitgeteilt.

Tatsächlich sind Sikhs in der kanadischen Politik eine wichtige Interessengruppe. Ihr gehören 18 der 338 Parlamentsmitglieder an. Folglich haben alle großen kanadischen Parteien die umstrittenen Reformpläne in Indien kommentiert.

Im Januar stoppte das Oberste Gericht die Reformpläne. Nun verhandeln Regierung und Bauernverbände über einen Ausweg aus der Krise. Die Lage bleibt aber ange-

spannt, und Ende Januar wurde im Rahmen einer Demonstration sogar das berühmte Rote Fort in der Hauptstadt gestürmt.

Klar wurde indessen abermals, dass die Diaspora in der indischen Politik Gewicht hat. Indiens Regierungschef Narendra Modi lehnt ausländische Einflussnahme auf interne Angelegenheiten selbstverständlich ab. Allerdings wird alles, was Sikhs in Indien umtreibt, auch zu einem Thema für Sikhs im Ausland.

Ganz grundsätzlich gilt, dass die gesamte indische Diaspora Einfluss auf das Heimatland hat. Dem Rechtspopulisten Modi behagt es deshalb nicht, dass in der neuen Mitte-links-Regierung von US-Präsident Joe Biden Auslandsinder wichtige Positionen einnehmen – allen voran Vizepräsidentin Kamala Harris, deren Mutter aus dem südindischen Tamil Nadu kam. Auf solche Karrieren sind viele Inder stolz, weshalb Führungsfiguren wie Harris wichtige Vorbilder sind.

Allerdings genießen alle wichtigen indischen Parteien ein gewisses Maß an Unterstützung in der Diaspora. Das gilt auch für Modis hindu-chauvinistische BJP. Alle Politiker wollen, dass so etwas im Inland bekannt ist. Politisch stand Modi dem Biden-Vorgänger Donald Trump nah, für den ebenfalls prominente Auslandsinder arbeiteten. Die bekannteste war UN-Botschaf-

terin Nimrata Nikki Haley, die Ende 2018 zurücktrat. Auch Modi selbst hat Anhänger in der indischen Diaspora, und bei seinem Texas-Besuch 2019 feierten Zehntausende sogenannte NRIs (non-resident Indians) ihn und Trump bei einer Kundgebung mit dem Titel „Howdy Modi“.

31 MILLIONEN MENSCHEN

Indien ist einer der beiden asiatischen Bevölkerungsgiganten. Laut UN-Daten (International Migrant Stock of 2019) leben 17,5 Millionen Staatsbürger im Ausland, wobei die Zahl seit 2015 von 15,9 Millionen um zehn Prozent gestiegen ist. Inder stellen 6,4 Prozent der internationalen Migranten weltweit, mehr als jedes andere Land. Unter den hochqualifizierten Zuwanderern in OECD-Ländern sind sie die größte Gruppe. Andererseits arbeiten auch viele ungelernete indische Migranten in den ölreichen Golfstaaten. Das indische Außenministerium schätzt, dass 2019 die Gesamtzahl der NRIs sowie der Nachfahren indischer Migranten mit anderer Staatsangehörigkeit 31 Millionen betrug.

In den vergangenen Jahrzehnten gehörte Indien entsprechend zu den Ländern, welche die meisten Heimatsüberweisungen bekamen (siehe hierzu auch Dilip Ratha auf Seite 32 in diesem e-Paper). 2019 beliefen sie sich auf etwa drei Prozent der nationalen Wirtschaftsleistung. Fachleute erwarteten allerdings für 2020 wegen Covid-19 einen Rückgang der Gesamtsumme um etwa neun Prozent auf 76 Milliarden Dollar.

Der Einfluss der Diaspora beruht allerdings nicht nur auf Geld. Indiens Unternehmen in der Informations- und Kommunikationstechnik profitieren beispielsweise von den Netzwerken, die sie mit Silicon Valley und anderen Zentren technologischer Entwicklung verbinden. Das gilt entsprechend für alle High-Tech-Branchen.

Langfristig prägen Auswanderer, die im Ausland erfolgreich sind, die Einstellungen der Menschen, die in der Heimat bleiben. Das betrifft unter anderem Geschlechterrollen. Bollywood-Filme greifen regelmäßig Diaspora-Themen auf, und manchmal spielen sie sogar im Ausland.

Wie NRIs gesehen werden, ist ambivalent, urteilt die französische Journalistin Ingrid Therwath, die ihre Doktorarbeit über Politik und die indische Diaspora geschrieben hat. Einerseits stünden NRIs für die mo-



Narendra Modi und Donald Trump 2019 bei einer Diaspora-Veranstaltung in Houston, Texas.

derne kapitalistische Konsumgesellschaft, andererseits aber auch für patriarchalische Hindu-Traditionen. Manche Beobachter hielten sie für „Instrumente des westlichen Einflusses in Indien“, während andere sie stattdessen als anerkannte Vertreter von „Indiens internationaler Bedeutung“ wahrnehmen.

Vielfach beweisen erfolgreiche Migranten, wie wichtig formale Bildung ist. Das gilt besonders, wenn Angehörige niedriger Kasten im Ausland aufsteigen. Andererseits haben Angehörige hoher Kasten in Kalifornien bekanntlich als Mitarbeiter großer Softwareunternehmen Kastendiskriminierung in den USA praktiziert. Das zeigt, dass Diasporagemeinschaften Einfluss sowohl auf ihr Ziel- als auch ihr Herkunftsland haben.

INDISCHE WAHLEN

Bislang bleibt die Bedeutung der NRIs bei indischen Wahlen marginal. Wer die indische Staatsbürgerschaft behalten hat, darf teilnehmen, muss dafür aber ein Wahllokal in Indien besuchen und dort entsprechend registriert sein. Bei den Parlamentswahlen 2019 gaben folglich nur 25000 NRIs ihre Stimme ab. Andererseits griffen viele anderweitig in den Wahlkampf ein – mit Spenden, strategischem Rat, technischer und sonstiger Unterstützung.

Die indische Wahlbehörde hat kürzlich vorgeschlagen, den NRIs Briefwahl zu ermöglichen. Testweise kann das bei Landtagswahlen in diesem Jahr schon geschehen. NRIs würden dann per Post in den Bundesstaaten Assam, Kerala, Puducherry, Tamil Nadu und Westbengalen wählen können.

Heiß debattiert wird nun, welche Parteien davon profitieren könnten. Manche Politikwissenschaftler sehen die Kongresspartei im Vorteil. Andere widersprechen, denn Modis BJP habe sich intensiv um die Diaspora bemüht. Auch die Linksfrente, die derzeit die Landesregierung von Kerala stellt, könnte viele NRI-Stimmen bekommen. Sie hat in der Landespolitik viel für Migranteninteressen getan. Kerala ist dabei in mehrfacher Hinsicht ungewöhnlich. Es hat große muslimische und christliche Bevölkerungsgruppen, und obendrein ist die Zahl der Arbeitsmigranten, die von dort in die Golfstaaten ziehen, besonders groß.

Ob NRIs künftig bei indischen Wahlen eine größere Rolle spielen als bisher, bleibt abzuwarten. Es steht aber bereits fest, dass sie auch ohne Wahlbeteiligung für die Entwicklung der Nation bedeutsam sind.



ROLI MAHAJAN
lebt als freie Journalistin in Lucknow, Indien.

roli.mahajan@gmail.com



Der Islam gehört zu Deutschland: Muslime beim Fastenbrechen in der türkisch-islamischen DİTİB-Gemeinde in Göttingen 2012.

TÜRKISCHE EINWANDERER

Gespaltene Gemeinschaft

Seitdem Recep Tayyip Erdogan die Türkei regiert, betreibt er eine aktive Politik dafür, dass sich in Deutschland lebende Türken mit ihm und den türkischen Werten identifizieren. Das spaltet die ohnehin sehr heterogene Gemeinschaft noch mehr.

Von Timur Tinç

Vor fast 60 Jahren kamen die ersten Türken als Arbeitsmigranten nach Deutschland. Sie wurden als Gastarbeiter bezeichnet, weil sie nur zeitlich begrenzt im Land bleiben sollten. Doch viele sind dauerhaft in Deutschland geblieben, haben ihre Kinder und Enkel hier bekommen. Mittlerweile leben rund 3 Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln in der Bundesrepublik, ungefähr die Hälfte von ihnen besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Die türkischen Einwanderer und mit ihnen der Islam sind heute Teil der deutschen Gesellschaft. Doch viele ihrer Kinder und Enkel haben Identitätsprobleme. Sie fühlen sich weder Deutschland noch der Türkei zugehörig, sondern als Wanderer zwischen den Welten.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan befeuert die Problematik noch. „Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, lautet ein vielzitiertes Satz aus einer Rede im Februar 2008 in Köln. Der Politiker war als Ministerpräsident seinerzeit auf dem vorläufigen Zenit seiner Macht.

Im Inland erfreute er sich breiter Zustimmung, noch ohne die Medien weitgehend gleichgeschaltet zu haben. Im Ausland galt er damals als Reformler, der die türkische Wirtschaft nach vorne bringt und sich der EU annähert. Doch die Kölner Rede wurde von vielen Deutschen als Bedrohung wahrgenommen. Dabei sei der größte Teil dieser Rede eigentlich völlig unproblematisch gewesen sei, erklärt der auf Türkei-Forschung spezialisierte Sozialwissenschaftler Yasar Aydin. „Es war neu, dass ein ausländischer Regierungschef Menschen in Deutschland mobilisiert. Das hat es vorher in dieser Form nicht gegeben.“

Erdogan schlug damit einen Pflock für seine künftige Politik gegenüber den Auslandstürken in Deutschland ein. Viele von ihnen waren für diese Art Propaganda

zunehmend empfänglich. Rassistische Anschläge in Solingen und Mölln hatten das Vertrauen der türkischen Community in die staatlichen Institutionen in Deutschland massiv erschüttert. Später kam weiterer Terror durch Neonazis wie den NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) hinzu.

„Erdogan hat diese Entwicklung als Grundlage genommen, um der türkischen Diaspora das Signal zu geben: Wir sind euer Beschützer“, sagt der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde Deutschland (TGD), Atilla Karabörklü.

Seit dem Wahlsieg seiner Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) 2002 legte Erdogan einen Fokus auf die im Ausland lebenden Türken gelegt. 2004 wurde die Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) gegründet, um Lobby für die AKP zu betreiben.

NEUES WAHLRECHT

Im Jahr 2008 änderte das türkische Parlament das Wahlgesetz und erlaubte erstmals türkischen Staatsbürgern, die im Ausland leben, bei Wahlen und Referenden abzustimmen, ohne in die Heimat reisen zu müssen. 2010 gründete die AKP-Regierung das Amt für Auslandstürken und verwandte Gemeinschaften (YTB). Das verteilt unter anderem Stipendien an türkischstämmige Studierende oder stellt Geld für die Grün-

derung von türkischsprachigen Oberschulen und Kulturzentren innerhalb Europas bereit.

Bevor die Türken im Ausland wählen konnten, gab es keinen direkten Einfluss auf das Ursprungsland, wohl aber einen indirekten. „Der Einfluss der Diaspora-Türken auf die Türkei und umgekehrt ist multikomplex und vielfältig und hatte je nach Zeitschiene auch unterschiedliche Schwerpunkte“, sagt Karabörklü. Gerade zwischen den 1960er und 80er Jahren haben die im Ausland lebenden Türken viel Geld in die Heimat geschickt und so die türkische Wirtschaft positiv beeinflusst. Auch alle politischen Strömungen der Türkei waren von Beginn an in Deutschland aktiv und unterstützten ihre Mutterorganisationen in der Türkei finanziell.

GRABENKÄMPFE IN DER COMMUNITY

Atila Karabörklü hat mit der fortschreitenden autokratischen Politik Erdogans eine Zunahme der innertürkischen Konflikte wahrgenommen, die auch die Diaspora direkt beeinflussen. Das hat dazu geführt, dass „innerhalb der Community Grabenkämpfe vorhanden sind, aber auch der Graben mit der Mehrheitsgesellschaft vertieft worden ist“, bedauert der TGD-Bundesvorsitzende.

Das sind zum einen die Konflikte der Türkei in Syrien, im Kaukasus oder aktuell in der Ägäis, die die Türkei international isolieren. Dann gibt es Debatten, bei der die in Deutschland lebenden Türken zwischen die Stühle geraten, wie beim Salutieren türkischer Fußball-Nationalspieler beim Einmarsch der türkischen Armee in Nordsyrien. Die deutsche Seite verlangt eine Distanzierung, die türkische verlangt Solidarität. „Es gibt von beiden Seiten Druck“, sagt Karabörklü.

Zum anderen ist da die fortwährende spalterische Politik von Präsident Erdogan, die einen tiefen Keil in die türkische Gesellschaft getrieben hat, der auch in Deutschland zu spüren ist. Zwischen Liberalen, Kemalisten, Alewiten und den Erdogan-Anhängern aus nationalistischen, konservativen und islamistischen Kreisen gibt es keine Gesprächsgrundlage mehr. „Die türkische Gesellschaft ist grundsätzlich in zwei Lager geteilt, die sich gegenseitig politisch bekämpfen: die Unterstützer der Erdogan-Regierung – Cumhuriyet – und die Op-



position – Millet Ittifaki. Die unterschiedlichen Lager sind zutiefst verfeindet“, erklärt Karabörklü. Und selbst unter den Erdogan-Gegnern gibt es oft keinen gemeinsamen Nenner.

Das Freund-Feind-Denken wird von der politischen Führung in der Türkei gefördert. Vor allem die „türkisch-sunnitischen Organisationen haben auf das Engagement der Türkei in der Diaspora positiv reagiert“, meint die Politikwissenschaftlerin Ayca Arkilic. Andere Migrantenorganisationen wie alewitische oder nichtislamische Organisationen seien „kein Teil dieses inneren Zirkels“.

Im Fokus der öffentlichen Diskussion stand dabei in den vergangenen Jahren die Rolle des Islamverbands Ditib (übersetzt: Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion). Er wurde 1984 als Ableger der türkischen Religionsbehörde Diyanet gegründet und koordiniert über seine Kölner Zentrale bundesweit rund 960 der 2600 Moscheen in Deutschland. Der Ditib-Bundesvorsitzende ist in Personalunion türkischer Botschaftsrat für religiöse und soziale Angelegenheiten und somit direkt an den türkischen Staat gebunden. Die Ditib-Moscheen sind in den vergangenen Jahren auch politischer Arm der türkischen Regierung geworden.

Die Religionsattachés, die aus der Türkei an die Konsulate entsandt werden, haben schon immer die Moscheegemeinden kontrolliert. Seit dem gescheiterten Putschversuch galt das auch verstärkt der politischen Gesinnung. Nach dem Juli 2016 wiesen die Attachés die Imame an, die türkische Beamte sind, in den Gemeinden

nach Gülen-Anhängern zu spitzeln. Die Anhänger des Predigers Fethullah Gülen werden für den Putschversuch verantwortlich gemacht (siehe meinen Beitrag im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2017/12). Das hat ein Klima des Misstrauens geschürt. Des Weiteren hat der Bundesverband zusammen mit den Religionsattachés den Druck auf die Landesverbände verstärkt und Erdogan-Kritiker aus den Reihen entfernt. Diese Strukturen haben den Verband sogar ins Visier des Verfassungsschutzes gebracht.

Der TGD-Bundesvorsitzende Karabörklü warnt davor, all diese Entwicklungen auf Erdogan zu reduzieren. „Die Türkei ist mehr als der Staatspräsident“, betont er. Der Schwerpunkt der türkischen Diaspora liege auf der Makroebene und dem Wunsch nach gesellschaftspolitischen Veränderungen in der Türkei. Dies habe aber keinen Erfolg. Oppositionelle Stimmen aus dem Ausland finden nach Ansicht des Türkei-Experten Yasar Aydin kein Gehör in der Türkei. „Exil-Türken oder kritische Journalisten wie Can Dündar versuchen so etwas wie eine Opposition aufzubauen, haben aber keinen Einfluss.“ Die Gründe dafür sind laut Aydin, dass die Opposition in der Türkei nicht mit einer Stimme spricht und sich kaum Gehör in der gleichgeschalteten Medienlandschaft verschaffen könne. Stimmen aus dem Ausland geling dies erst recht nicht.



TIMUR TINÇ
ist Redakteur bei der
Tageszeitung Frankfurter
Rundschau.
timur.tinc@fr.de

DERADIKALISIERUNG

„Demokratieerziehung ist genauso wichtig wie Mathe“

Diplom-Psychologe Ahmad Mansour ist Experte für Deradikalisierung und Extremismusprävention. Er ist selbst 2004 als arabischer Israeli nach Deutschland eingewandert. Er organisiert Projekte gegen Extremismus in Schulen und Gefängnissen und begleitet radikalisierte Jugendliche sowie verurteilte Straftäter. Im E+Z/D+C-Interview beschreibt er, wie Staat und Gesellschaft extremistischen Tendenzen bei jungen Einwanderern begegnen und verhindern können.

Ahmad Mansour im Interview mit Sabine Balk

Wie groß ist die Gefahr der Radikalisierung junger Einwanderer?

Es ist die Frage, was mit „radikal“ oder „gewaltbereit“ gemeint ist. Wenn Sie fragen, wie viele Einwanderer bereit sind, im Namen einer Ideologie Gewalt auszuüben, ist es nur eine kleine Minderheit. Bei Gewalt gegen Frauen sieht es schon anders aus. Viele Flüchtlinge sind bereit, Gewalt gegen Frauen auszuüben, und haben es auch schon dutzendfach getan, weil sie andere Vorstellungen darüber haben, was Frauen dürfen und was nicht. In ihren Augen dürfen Frauen mit ihrem Körper nicht machen, was sie wollen. Ein anderes Beispiel ist das Thema Gleichberechtigung der Religionen. Viele muslimische Jugendliche sind dagegen, dass ihre Religion kritisiert werden darf.

Was ist der Grund dafür?

Die meisten Flüchtlinge sind junge Männer, die aus autoritären Ländern kommen, wo Antisemitismus und Verachtung des Westens zum Bildungskanon gehören. Als 2015 sehr viele Flüchtlinge ankamen, war der Staat überfordert und die Art und Weise, wie sie aufgenommen wurden, war nicht gut. Auf der anderen Seite sind auch die Neuankömmlinge damit überfordert, in einem fremden Land zu sein. Sie fragen sich, was

das Land und die Gesellschaft von ihnen erwartet. Da entstehen schnell Identitätsverlustängste. Und diese sind ein fruchtbarer Boden für Radikalisierung. Ähnlich geht es manchen Einwanderkindern der 2. und 3. Generation. Islamismus war nie nur ein Thema von Flüchtlingen.

Warum kommt es eher bei Kindern von Einwanderern zu radikalen Tendenzen als bei den Eltern?

Dazu kann ich aus meiner eigenen Biografie berichten. Auch ich bin als junger Mann in Israel in die Fänge radikaler Islamisten geraten. Und ich sehe in Deutschland viele Biografien, die meiner ähnlich sind. Ich war damals auf der Suche. Ich war unzufrieden mit meinem Leben, ich wurde gemobbt, ich hatte Zukunftsängste, ich habe kein großes Interesse meiner Eltern und wenig Liebe erfahren – wir waren sehr arm. Auf der Suche nach Orientierung traf ich auf einen Imam, der Interesse an mir zeigte. Er konnte eine Bindung zu mir schaffen und hat so einen emotionalen Zugang zu mir gefunden. Dadurch entdeckte ich eine neue Welt voller Akzeptanz, neuer Regeln und Orientierung. Ich gehörte plötzlich zu einer Elite. Das war toxisch für einen jungen Menschen ohne

Halt. Ich war leidenschaftlich dabei, ich habe gar nicht gemerkt, dass ich radikal war. Ich war überzeugt, das ist der richtige Weg. Meine Rettung war, dass ich dann mit 19 Jahren woanders gelebt habe und mit anderen Menschen zu tun hatte, andere Bücher gelesen habe und durch meine Neugier diese radikalen Tendenzen bewältigen konnte.

Das heißt doch, dass die Gesellschaft es nicht geschafft hat, diese jungen Leute anzusprechen?

Ja, wir haben ein riesenproblem mit Integration. Es fehlt an guten, richtigen und nachhaltigen Integrationsmaßnahmen. Bisher sind diese zu unprofessionell, zu allgemein. Ein Beispiel: In Zürich gibt es staatliche Programme für Frauen, 16 Termine, fünf davon behandeln das Thema Mülltrennung, kein einziger das Thema Gleichberechtigung und Meinungsfreiheit. Dabei müssen zur Integration Begegnungen auf Augenhöhe geschaffen werden. Wir müssen Bindungen schaffen, da sein, wo die Jugendlichen sind, ihre Sprache sprechen. Dazu muss man die Leute ganz lange begleiten, Vorbilder schaffen und die Werte der Aufnahmegesellschaft in aller Deutlichkeit kommunizieren. Wir brauchen eine Methode, die Jugendlichen demokratische Diskurse beibringt, und die Einsicht, dass man über Tabuthemen sprechen muss. Jugendliche müssen lernen, dass man Meinungen mit Argumenten austauscht, nicht mit Wut, Emotionen und Ablehnung. Da fängt man am besten nicht gleich mit den Tabuthemen an, sondern bei der Meinungsfreiheit allgemein, und das muss trainiert werden. Und wenn diese Basis geschaffen ist, dass



Workshop von Ahmad Mansours Initiative Mind Prevention für junge, geflüchtete Menschen in einer Berufsschule in Wunsiedel.

die Jugendlichen miteinander diskutieren können und Gegenmeinungen aushalten können, dann kann man mit ihnen über Religionsfreiheit und Gleichberechtigung von Frauen reden. Bisher haben wir es oft nicht geschafft, diese Zielgruppe zu erreichen. Den Islamisten, Salafisten, aber auch dem türkischen Präsidenten Erdogan und Nationalisten ist das vielfach besser gelungen. Sie haben massiv Ressourcen und Zeit zur Rekrutierung neuer Anhänger investiert.

Heißt das, wir müssen besser und schneller als die islamistischen Rattenfänger sein?

Ja, das ist unser Motto, wenn wir in Gefängnisse gehen: schneller als die Extremisten sein, die Menschen gegen ihre Ideen immunisieren. Ich habe einmal provokativ gesagt, die Islamisten sind die besseren Sozialarbeiter. Wie kann es sein, dass ISIS in den letzten Jahren professioneller in den sozialen Medien aufgetreten ist als die Bundeszentrale für politische Bildung? Warum gelang es ISIS fast in Lichtgeschwindigkeit, Videos zu produzieren, die die Jugendlichen ansprechen, und warum brauchen Demokraten Tage, Wochen oder Monate, um Antworten zu finden? Wir müssen klarmachen, dass wir auch etwas anzubieten haben. Freiheit ist auch etwas, was diese Menschen interessiert, aber wir verkaufen es ihnen nicht so, dass sie Interesse haben. Und darin müssen wir besser werden.

Ein geeigneter Ort zur Demokratieerziehung wäre doch die Schule.

Ja genau. Es gibt zwar punktuell gute Ansätze, aber in der Fläche passiert viel zu wenig, und es ist auch nicht Teil des Lehrplans. Die Lehrer müssen sich dafür extra Zeit nehmen. Dabei ist Demokratieerziehung und Integration meines Erachtens genauso wichtig wie Mathe oder Englisch. Das muss in den Lehrplan aufgenommen werden. Ein Problem ist auch, dass Lehrer keine Ausbildung in interkultureller Kompetenz und im Umgang mit Vielfalt haben. Das ist auch ein Grund, warum ich in Schulen gebucht werde. Die Lehrer wissen nicht, wie sie mit aggressivem, demokratiefeindlichem Verhalten umgehen sollen.

Wie kommen Sie an bereits gewalttätige Islamisten heran?

Vor allem machen wir Präventionsarbeit, versuchen die Leute zu erreichen, bevor sie sich radikalieren. Wir machen aber auch Deradikalisierungsarbeit in Gefängnissen, mit Leuten, die bei ISIS waren oder Anschläge verübt haben. Das ist ein langer, schwieriger Prozess. Es ist eine psychologische Begleitarbeit. Es geht darum, die Gründe zu finden, warum diese Ideologie so attraktiv für die Betroffenen war. Am besten müssen dabei Zivilgesellschaft, Fachdienste in den Gefängnissen und Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten. Das geschieht in vielen

Bundesländern aber noch nicht. Außerdem gibt es keine Erfolgsgarantie. Ich kann nicht sagen, dass ich alle, die ich begleitet habe, deradikalisiert habe.

Wie ist es Ihrer Einschätzung nach um das Demokratieverständnis von Einwanderern aus Subsahara-Afrika bestellt?

Wir haben in Gefängnissen und Willkommensklassen mit Afrikanern gearbeitet. Diese Gruppe ist sehr heterogen, das ist ganz anders als im arabischen Raum. Afrikaner haben eine sehr unterschiedliche Einstellung zu Freiheit und Demokratie. Wir haben Leute getroffen, die sehr radikale islamistische Erfahrungen gemacht haben. Es ist mir aber kein wegen Terror verurteilter Straftäter bekannt. Bei denjenigen, die im Gefängnis sitzen, geht es meist um Kleinkriminalität. Aber hier müssen wir aufpassen, dass diese Leute sich nicht im Gefängnis radikalieren. Andere sind aber freiheitsorientiert und kamen nach Europa, um diese Freiheit und Individualität auszuleben.



AHMAD MANSOUR
ist Diplom-Psychologe,
Extremismusexperte und
Autor. Er gründete 2018 Mind
Prevention, die Mansour-

Initiative für Demokratieförderung und
Extremismusprävention.

info@mind-prevention.com

MIGRANTINNEN

Leben in Deutschland

In Deutschland leben rund 21 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund und mehr als 11 Millionen Menschen mit ausländischem Pass. In manchen Großstädten hat bereits mehr als die Hälfte der Bevölkerung einen nichtdeutschen Hintergrund. E+Z/D+C-Redakteurin Sabine Balk sprach mit drei Einwanderinnen aus Frankfurt über die Beweggründe, warum sie nach Deutschland kamen, ihr Leben und ihre Zufriedenheit im Land.

Zusammengestellt von Sabine Balk

Sengül Yalcin-Ioannidis

Ich bin Kurdin und habe meine Heimatstadt Istanbul vor etwa 25 Jahren verlassen. Ich konnte dort nicht mehr bleiben. Ich war seit Jahren in der linken, oppositionellen Szene aktiv und habe als Journalistin gearbeitet. Die Repressalien wurden immer schlimmer, und ich bin zwei, drei Mal festgenommen worden. Ich war insgesamt mehrere Monate in Haft. Ich erzähle das nicht so gerne, weil für Deutsche hört sich Gefängnis gleich nach Kriminalität



Sengül Yalcin-Ioannidis.

an. Aber in der Türkei kann das bedeuten, dass du politisch unliebsam bist und willkürlich eingesperrt wirst.

Ich hatte die Hoffnung verloren, dass sich in der Türkei etwas ändert, deshalb wollte ich weg. In Deutschland hatte ich Bekannte, und deshalb bin ich erst einmal nach Nürnberg gegangen. Dort habe ich einige Jahre gebraucht, um mir darüber im Klaren zu werden, wohin ich mit meinem Leben will. Ich habe in Nürnberg ein paar Jahre als Sozialarbeiterin mit türkischen Jugendlichen in einem Drogentherapiezentrum gearbeitet. Dafür brauchte ich kein Deutsch zu sprechen. Das habe ich erst nach fünf Jahren im Land angefangen zu lernen.

Mit Ende 20 habe ich mich dann entschlossen, in Deutschland zu bleiben und hier zu studieren. Da ich in der Türkei Radio-, Kino und Fernsehwissenschaften studiert hatte, durfte ich in Deutschland nur ein ähnliches Fach studieren – auch wenn kein Schein aus der Türkei anerkannt wurde. Also habe ich Theater-, Film- und Medienwissenschaften an der Uni Frankfurt studiert, obwohl ich eigentlich lieber Soziologie oder Sozialarbeit studiert hätte, der Bereich, in dem ich auch heute arbeite. 2005 habe ich meinen Mann, einen griechischstämmigen Deutschen kennengelernt. 2010 und 2016 sind unsere Kinder zur Welt gekommen.

Ich vermisse die Türkei und vor allem Istanbul, die Sonne, das Meer, die Kultur und vor allem meine Eltern, Familie und Freunde. Ich war seit 2015 nicht mehr dort. Das war auch das letzte Mal, dass ich meine Eltern gesehen habe. Seitdem ich mich kritisch gegenüber Präsident Erdogan geäußert habe, traue mich nicht mehr in die Türkei.

Heimat – was bedeutet das für mich? Eine wirkliche Heimat, dort, wo ich akzeptiert werde, wie ich bin, existiert leider nicht. In der Türkei habe ich als Kurdin, Alewitin und Linke nie richtig zur türkischen Gesellschaft gehört, war immer eine Außenseiterin. In Deutschland werde ich immerhin per Gesetz so akzeptiert, wie ich bin. Aber es gibt ungeschriebene Gesetze in der Gesellschaft, und da passe ich auch nicht immer ins Schema. Ich habe auch in Deutschland noch nicht herausgefunden, wie man seine Meinung „richtig“ oder diplomatisch äußert. Deshalb kommt es schon mal zu Missverständnissen und Vorurteilen mir gegenüber. Das passiert in der Arbeit wie im Privaten.

Das Thema Integration sehe ich kritisch – wer soll sich wohin integrieren? Das schafft Hierarchien sowie Täter und Opfer. Jeder bringt seinen eigenen Hintergrund mit, ob Migranten oder Deutsche. Auch Deutsche sind keine homogene Masse. Integration ist auf jeden Fall eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Mit meinen türkischstämmigen Landsleuten in Deutschland kann ich mich nicht identifizieren, da geht es mir ähnlich wie den Deutschen. Viele leben in sehr geschlossenen Gesellschaften, in einer Parallelwelt. Vielleicht ist daran auch die Integrationspolitik Deutschlands schuld. Ich komme nur mit wenigen Deutschtürken klar. Ich fühle mich aber auch den Deutschen nicht zugehörig. Am ehesten fühle ich mich als Europäerin. Ich verteidige die Werte von Europa heutzutage mehr, als Europa es leider selbst es tut – wie zum Beispiel die Flüchtlings- und Migrationspolitik oder Arbeits- und Frauenrechte.

SENGÜL YALCIN-IOANNIDIS

arbeitet als Bildungsbegleiterin für Geflüchtete und Migranten und als Familienhelferin.

Sie plant, einen Verein zu gründen zur ganzheitlichen Bildungs- und beruflichen Begleitung für Migrantinnen, die häuslicher Gewalt entfliehen wollen.

Mariame Racine Sow

Mich hat eine verrückte Zufallsgeschichte 1989 nach Deutschland verschlagen. Als ich in Senegals Hauptstadt Dakar studiert habe, traf ich eine Frau, die in Kontakt zur evangelischen Kirche in Deutschland stand. Diese hat mich auf die Idee gebracht, nach Deutschland zu gehen. Sie wollte mir eine Familie vermitteln, die junge Studentinnen aus Entwicklungsländern aufnimmt. Das hat sich dann aber doch zerschlagen, und ich stand kurz vor der geplanten Abreise ohne Plan da. Ich entschloss mich, dennoch nach Deutschland zu gehen – mit einem Touristenvisum. Ich hatte zum Glück einen Cousin, der in Frankfurt studierte, und der bot mir an, dass ich zu ihm kommen könne. Also machte ich mich auf in ein unbekanntes Abenteuer.

Ich habe diesen Schritt nie bereut. Ich lernte schnell an einer Sprachschule Deutsch, weil ich studieren wollte. Ich fing

dann auch an, Wirtschaftswissenschaften zu studieren, habe aber bald zu Soziologie, Politik und Pädagogik gewechselt. Ich habe mit verschiedensten Jobs wie Putzen und Babysitting für meinen Lebensunterhalt gesorgt. Mein Cousin und ich haben im Studentenwohnheim in Frankfurt in einem Zimmer gelebt und das studentische Leben genossen.

Aufgewachsen bin ich rund 500 Kilometer von meinen Eltern entfernt bei meiner Tante in Podor an der Grenze zu Mauritien. Meine Tante war verwitwet und hatte keine Kinder, und so wurde ich ihr versprochen. Bei uns ist es undenkbar, dass jemand alleine leben muss, und so kam ich mit 18 Monaten zu ihr. Das ist bei uns nicht ungewöhnlich. Kinder sind bei uns kein individueller Besitz der Eltern, sondern sie „gehören“ der Gemeinschaft, der Familie. Heute in Dakar in der neuen Generation ist das vielleicht nicht mehr so. Ich trage auch die Vornamen meiner Tante „Mariame Racine“. Meine Tante, die leider schon verstorben ist, war quasi meine Mutter.

In Deutschland ist es immer gut für mich gelaufen. Im Studium fragte mich eine Kommilitonin, ob ich Lust hätte, bei Afrika-Seminaren der Gewerkschaftsjugend Oberursel mitzuwirken. Das habe ich gemacht, und weil ich dann Mitglied im DGB



Mariame Racine Sow.

war, habe ich ein Stipendium von der Hans-Böckler-Stiftung bekommen. So konnte ich mein ganzes Studium bis zur Promotion finanzieren.

Ich habe mich nie komisch als schwarze Frau an der Uni gefühlt, da waren immer Studenten aus anderen, auch afrikanischen Ländern. Bei der Gewerkschaftsjugend war ich die einzige schwarze Frau, aber ich habe mich immer gut aufgenommen gefühlt.

Ich glaube, ich habe eine Fähigkeit, die Sachen so anzunehmen, wie sie sind. Es liegt scheinbar eine Offenheit in meiner Natur, die mir das leicht ermöglicht. Ich habe gemerkt, es gibt Deutsche, die wollen mit schwarzen Menschen nichts zu tun haben. Die gehen auf Distanz, und das habe ich akzeptiert. Die, die zu dir kommen, die sind offen, und mit denen bin ich immer gut ausgekommen. Ich mag die deutschen Freundschaften, die sind echt.

Die Integration kam sozusagen aus mir heraus, ich brauchte keinen Kurs. 2018 habe ich sogar den Integrationspreis der Stadt Frankfurt bekommen. Gleichzeitig habe ich immer Kontakt mit dem Senegal gehalten, mit meiner Familie und Freunden. Für mich sind beide Länder meine Heimat. Ich habe immer Heimweh nach Deutschland gehabt, wenn ich im Senegal war.

In Deutschland habe ich meinen Mann, der ursprünglich aus Mali kommt, vor vielen Jahren durch einen Deutschkurs kennengelernt. Meine beiden Söhne sind hier geboren. Wir sprechen drei, vier Sprachen zu Hause – Deutsch und Französisch sowie unsere afrikanischen Muttersprachen.

Ich bin glücklich in Deutschland. Ich habe mich sogar eingebürgert. Ich konnte immer die Arbeit machen, die ich wollte. Nach dem Studium habe ich mich als Fachkraft bei Brot für die Welt beworben und habe eine Stelle im Senegal gekriegt. Dort bin ich mit meiner Familie hin, und nach sechs Jahren sind wir wieder nach Deutschland zurück.

Natürlich gibt es auch weniger schöne Dinge wie Rassismus, aber davon lasse ich mein Leben nicht bestimmen. Ich finde, die Leute sind heute offener. Damals, als ich nach Deutschland kam, gab es noch viel mehr Rassismus wie die Ausschreitungen und Anschläge gegen Ausländer in Rostock oder Solingen. Ich kapiere die Fremdenfeindlichkeit der Ostdeutschen nicht. Sie haben zu DDR-Zeiten Tunnel gegraben, um in den Westen zu kommen und ihre Träume zu leben. Und heute verstehen sie nicht,

dass es auch woanders Leute gibt, die Träume haben und weggehen möchten.

MARIAME RACINE SOW

ist Sozialberaterin in einer Flüchtlingsunterkunft des Arbeiter-Samariterbunds in Frankfurt. Sie engagiert sich zudem ehrenamtlich in dem Verein Forward For Women gegen weibliche Genitalbeschneidung. <https://forwardforwomen.org/>

Giselle Zenga

Als ich mein Portugiesisch-Studium für Lehramt in Argentinien abschlossen hatte, wollte ich Europa kennenlernen und bin mit einem Stipendium ein Jahr nach Portugal gegangen. Das hat mir sehr gut gefallen. Als ich in Buenos Aires zurück war, habe ich meinen zukünftigen Mann kennengelernt, der ebenfalls Europa bereist hatte und dorthin zurückgehen wollte. Wir beide hatten das Gefühl, dass du dir in Argentinien keine Zukunft aufbauen kannst. Die Lage im Land mit all den Wirtschafts- und politischen Krisen macht es unmöglich. Das ist



Giselle Zenga.

übrigens heute noch so. Es war einfacher für uns, nach Deutschland zu gehen und dort verlässliche Pläne zu machen und in festen Strukturen zu leben. In Argentinien weißt du nie, was auf dich zukommt. Die Menschen gewöhnen sich zwar an diesen Zustand. Aber ich beobachte, dass die Argentinier ständig gereizt und gestresst sind.

So bin ich mit 26 Jahren nach Deutschland gegangen, obwohl ich kein Deutsch gesprochen habe. In Hamburg hatten mein Mann und ich entfernte Bekannte, bei denen wir erst mal unterkommen konnten. Die Idee war, später weiter nach Spanien zu gehen. Das hat sich aber ziemlich schnell zerschlagen, und es hat uns so gut hier gefallen, dass wir bleiben wollten.

Ich habe dann ein Studienvisum beantragt, weil ich in Deutschland auf jeden Fall weiterstudieren wollte. Mein Mann wollte in der Reisebranche arbeiten. Zuerst mussten wir aber so schnell wie möglich die Sprache lernen. Weil wir unser Leben in einer kleineren Stadt anfangen wollten, haben wir uns Würzburg ausgesucht – dort hatten wir Bekannte. In Würzburg haben wir neun Monate einen Intensivsprachkurs gemacht. Dafür und für unseren Lebensunterhalt hat uns mein Schwiegervater Geld geliehen.

Ich habe mich von Anfang an in Deutschland gut aufgenommen und zu Hause gefühlt. Dabei war sicher hilfreich, dass ich europäische Wurzeln habe – meine Großeltern sind von Italien nach Argentinien ausgewandert. Es ist außerdem von Anfang an alles so gelaufen, wie ich es mir gewünscht habe. Ich konnte meine Träume leben. Ich habe in Deutschland studiert, vergangenes Jahr sogar noch promoviert, ich habe an der Uni und an Schulen als Dozentin und Lehrerin gearbeitet. Ich habe meine beiden Kinder hier bekommen und immer viele Freunde gehabt – Deutsche und auch viele Latinos und Spanier.

Der Kontakt zu meiner Heimat Buenos Aires, meiner Familie und meinen Freunden war immer da und ist bis heute nicht abgerissen. Ich bin regelmäßig in Argentinien und kann mich – außer jetzt in Coronazeiten – frei zwischen beiden Welten bewegen. Ich fühle mich sowohl in Deutschland als auch in Argentinien zu Hause.

GISELLE ZENGA

ist für Sprachförderung und Personalentwicklung bei dem spanisch-deutschen Unternehmen HELMECA Personal GmbH zuständig.

ARBEITSMIGRATION

Essenzielle Finanzdienstleistung

Heimatüberweisungen von Arbeitsmigranten sind laut UN-Generalsekretär António Guterres „eine Lebensader für Entwicklungsländer“. Sie schwächt derzeit bedenklich.

Von Dilip Ratha

Im Zug der Covid-19-Krise sind die Rücküberweisungen von Migranten in Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen stark gesunken. Das führt weltweit zu wirtschaftlichen Turbulenzen – und zwar besonders in Volkswirtschaften, die auf diese Transfers angewiesen sind, wie etwa Indien, Mexiko, die Philippinen oder Ägypten.

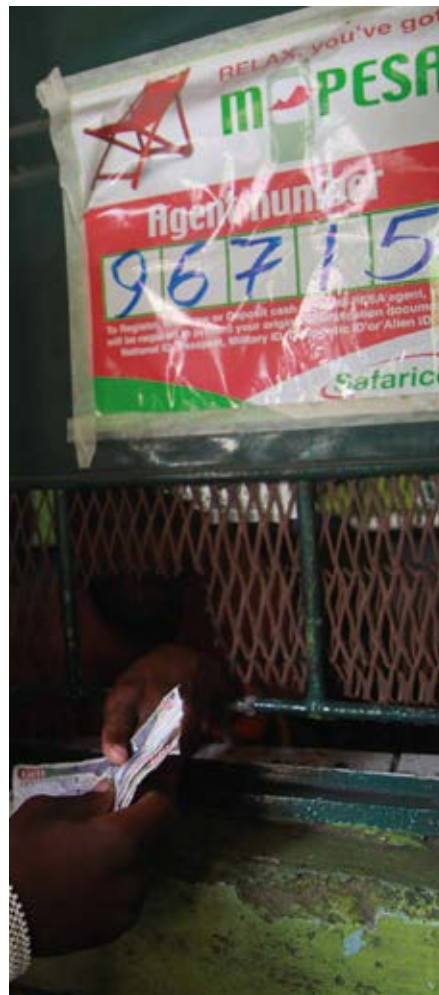
Die von Arbeitsmigranten weltweit heimgeschickte Gesamtsumme fiel von etwa 548 Milliarden Dollar im Jahr 2019 auf voraussichtlich 508 Milliarden in 2020. Im laufenden Jahr erwartet die Weltbank nur noch 470 Milliarden. Das entspräche einem Rückgang um 14 Prozent in zwei Jahren.

Erschwerend kommt hinzu, dass ein weiterer wichtiger Geldstrom, nämlich die ausländischen Direktinvestitionen (foreign direct investment – FDI) in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen noch stärker rückläufig sind. Das besagt der Migration and Development Brief 33 (Weltbank 2020). Die ausländischen Direktinvestitionen in diese Ländergruppe sank 2019 von 534 Milliarden Dollar auf schätzungsweise 365 Milliarden in 2020 und wird 2021 voraussichtlich auf 373 Milliarden Dollar sinken. Das entspräche einem Rückgang von sogar 30 Prozent in zwei Jahren (siehe Grafik nächste Seite).

Erwähnenswert ist auch, dass die Rücküberweisungen, die meist von Individuen stammen, 2019 erstmals höher ausfielen als die FDI, die meist von Unternehmen und Organisationen stammen. Diese Entwicklung zeigt, wie schlecht die wirtschaftliche Lage in vielen Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen mittlerweile ist.

Beide Trends – stetiger Rückgang sowohl von Rücküberweisungen als auch

Direktinvestitionen – treffen die Empfängerländer hart. Hinzu kommen binnenwirtschaftliche Auswirkungen von Covid-19. Manche Länder leiden obendrein unter Heuschreckenplagen, Dürren, Überschwem-



Mobile Überweisungen helfen – M-Pesa-Anbieter in Kenia.

mungen, Krankheitsausbrüchen oder schweren makroökonomischen Problemen.

Hauptgrund für den Rückgang der Rücküberweisungen sind die schwache

Konjunktur und entsprechend hohe Arbeitslosigkeit in den Gastländern. Relevant sind zudem der schwache Ölpreis und die Abwertung diverser Währungen gegenüber dem Dollar. Erstmals in der jüngeren Geschichte dürfte die absolute Zahl der internationalen Migranten derzeit sinken, da die Neurekrutierungen abnehmen, aber viele Migranten heimkehren.

All das verschärft die Situation der Empfangsländer. Bei den Heimatüberweisungen handelt es sich meist um kleine Beträge von höchstens ein paar hundert Dollar. Ohne dieses Geld tun sich aber viele Familien schwer, ihre Grundbedürfnisse (Nahrung, Gesundheit und Bildung) zu befriedigen.

ÜBERWEISUNGEN ERLEICHTERN

Es wäre wichtig, Geldtransfers so einfach wie möglich zu gestalten. Vor allem sollten sie billiger werden. Zu den UN-Entwicklungszielen für Nachhaltigkeit (Sustainable Development Goals – SDGs) gehört, das Gesamtvolumen von Heimatüberweisungen zu erhöhen. Deshalb sollen bis 2030 die Gebühren für Transfers auf maximal drei Prozent der überwiesenen Summe fallen. UN-Generalsekretär António Guterres ging im März 2020 in einem Appell zur koordinierten Reaktion auf Covid-19 noch weiter: die Gebühren sollten auf nahezu null sinken. „Rücküberweisungen sind eine Lebensader für Entwicklungsländer“, sagte er. Das gelte „jetzt besonders“. Der versprochene Rückgang auf drei Prozent reiche nicht, wobei das aktuelle Niveau ohnehin noch deutlich höher liege.

Laut Weltbank-Daten (Remittance Prices Worldwide Database) kostete im dritten Quartal 2020 eine Überweisung von 200 Dollar in ein Land mit niedrigem oder mittlerem Einkommen 6,8 Prozent. Das war mehr als das Doppelte des SDG-Ziels. Manchmal betrug die Kosten sogar mehr als 11 Prozent. Banken waren am teuersten und verlangten im Schnitt 10,9 Prozent. Postämter forderten dagegen 8,6 Prozent. Transferdienstleister wie Western Union berechneten 5,8 Prozent und Mobilfunkanbieter für elektronische Überweisungen sogar nur 2,8 Prozent.

Die Gebühren für den Geldversand nach Südasien liegen mit etwa fünf Prozent am niedrigsten, während für Subsahara-Afrika durchschnittliche Kosten

von fast neun Prozent anfallen. Innerhalb Afrikas und zwischen pazifischen Inselstaaten sind sogar mehr als zehn Prozent üblich.

Generell sind die Gebühren für Bargeldüberweisungen, die viele arme Menschen ohne Zugang zu Banken brauchen, hoch. Sinnvoll wären deshalb Partnerschaften von Transferdienstleistern mit der Post, mit Geschäftsbanken oder mit Telekom-Unternehmen. Derlei könnte den Wettbewerb ankurbeln und zu niedrigeren Gebühren führen.

Hilfreich wäre besonders, wenn Anbieter mobiler Zahlungsdienste korrespondierende Bankkonten eröffnen könnten. Das wäre für Arbeitsmigranten bequem und könnte Kosten senken. Millionen von Menschen fiel es dann leichter, ihren Angehörigen Geld zu schicken.

Obendrein sollten Regierungen gezielt migrantische Ersparnisse und Investitionen mobilisieren, indem sie Geldströme absichern und spezielle Diaspora-Anleihen anbieten. So könnten sie zur Maximierung der Rücküberweisungen beitragen.

AUFRUF ZUM HANDELN

Es wäre sinnvoll, Politik weltweit zu koordinieren. Eine Koalition von Staaten und internationalen Organisationen hat im Mai 2020 entsprechende Vorschläge unterbreitet (KNOMAD 2020). Zu den Unterstützern gehören 30 Länder und 17 Organisationen (darunter Weltbank, UN-Organisationen, Industrieverbände sowie zivilgesellschaftliche Gruppen). Britannien und die Schweiz spielten die Führungsrolle.

Zu den Empfehlungen gehört, politische Entscheidungsträger sollten Geldtransfers sofort zur essenziellen Finanzdienstleistung erklären. Dann könnten Finanzdienstleister auf Sender- wie auf Empfängerseite den Zugang für Migranten entsprechend erleichtern – insbesondere für arme Interessenten ohne Bankkonto oder Internetzugang.

Mittelfristig fordert das Bündnis eine Ausweitung der digitalen Überweisungskanäle, um Migrantenfamilien zusätzliche günstige Optionen zu geben. Tatsächlich verzeichnen digitale Anbieter wegen Covid-19 bereits einen deutlichen Überweisungsanstieg. Im zweiten Quartal 2020 stiegen die digitalen Transaktionen von MoneyGram um 106 Prozent im Vergleich

zum Vorjahr und die von Western Union um 50 Prozent.

Ein weiterer Vorschlag ist, Finanzdienstleister, Migranten und Empfänger besser zu informieren. Sie brauchen mehr Fachwissen, um digitale Kanäle optimal zu nutzen.

ENTWICKLUNG FÖRDERN

Für die Entwicklung von Ländern mit niedrigen und mittleren Einkommen sind sowohl Rücküberweisungen als auch Direktinvestitionen wichtig. Allerdings sollte mehr getan werden, um Arbeitsmigration und Heimatüberweisungen für Entwicklung zu nutzen. Deshalb unterstützt die Weltbank Empfängerländer bei der Auflage von Diaspora-Anleihen, um so Finanzierungsoptionen für die Wirtschaftsentwicklung zu maximieren. Sie fördert auch die Entwicklung sicherer und effizienter nationaler Zahlungssysteme und Infrastrukturen, um Überweisungen zu erleichtern.

Die Weltbank dokumentiert zudem Überweisungspreise und setzt sich für erleichterten Marktzugang ein. Wegen erheblicher Datenlücken ist die Echtzeitüberwachung von Überweisungsströmen allerdings nicht möglich. So fehlen unter anderem Informationen über heimkehrende und gestrandete Migranten. Um die Datenerhebung zu verbessern, kooperiert

die Weltbank mit nationalen Statistikämtern, Zentralbanken und internationalen Organisationen. Die entsprechende Arbeitsgruppe heißt Global Knowledge Partnership on Migration and Development (KNOMAD). Mit besseren Daten zu Rücküberweisungen und stärkerer internationaler Zusammenarbeit wird die Welt dem Ziel eines weniger schwerfälligen Transfersystems näher kommen – und das würde helfen, diese wichtige Lebensader aufrechtzuerhalten.

LINKS

KNOMAD, 2020: Call to action – Remittances in crisis: how to keep them flowing.

<https://www.knomad.org/covid-19-remittances-call-to-action/>

World Bank, 2020: Migration and Development Brief 33. <https://www.worldbank.org/en/topic/socialprotectionandjobs/publication/migration-and-development-brief-33>



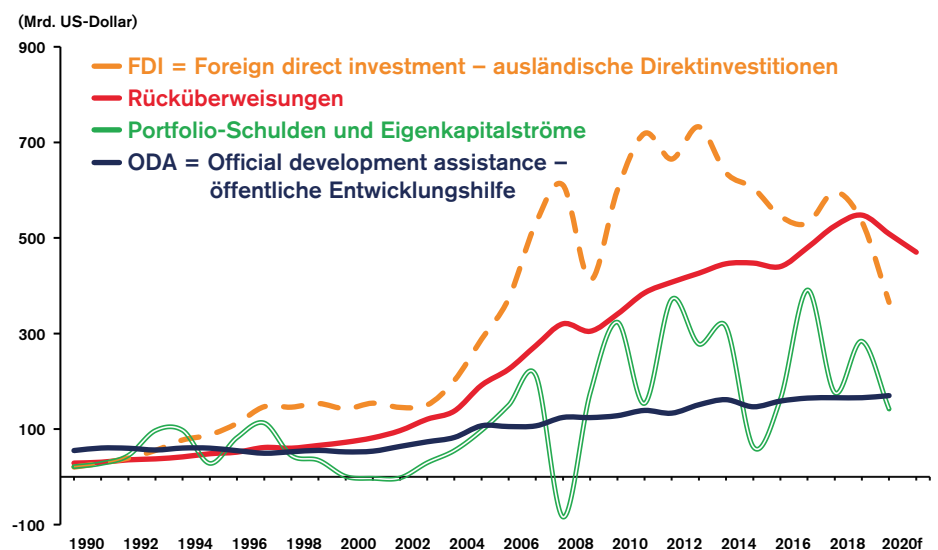
DILIP RATHA
leitet bei der Weltbank die Global Knowledge Partnership on Migration and Development (KNOMAD).

Diese Arbeitsgruppe wird von der EU, Deutschland und der Schweiz unterstützt und kooperiert mit der IOM, der OECD und vielen UN-Organisationen.

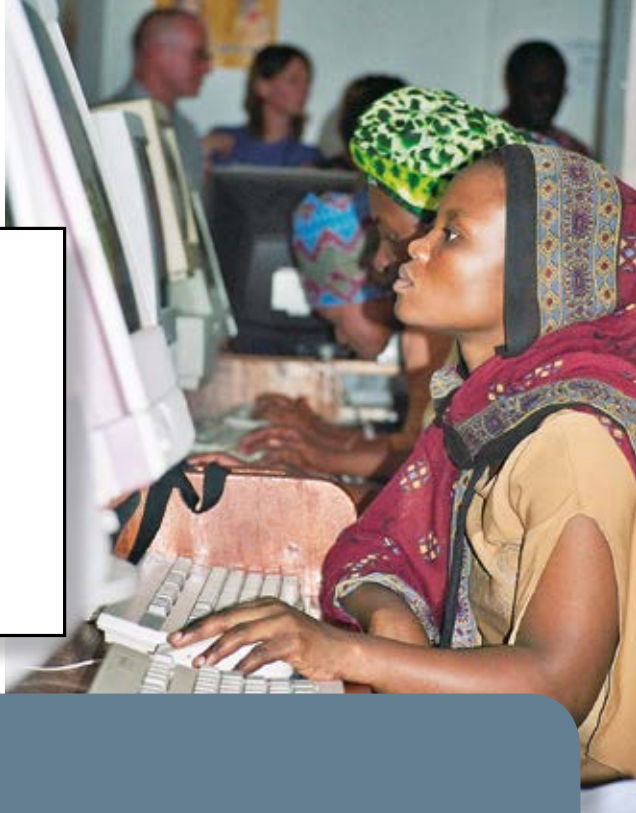
dratha@worldbank.org

Überweisungsströme: Richtung Süden

Rücküberweisungen in Entwicklungsländer gehen zurück, ausländische Direktinvestitionen gehen sogar noch rasanter zurück



**Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu**



◀ www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

Über D+C Startseite Newsletter Kontaktseite Impressum

DOSSIERE THEMENFELDER WELTREGIONEN RUBRIKEN AUTOREN ARCHIV BLOG

Suche

MASTERPLÄNE
**UN-Habitat hilft bei der Gestaltung
lebenswerter Städte**



Aktuelles e-Paper



UNSERE SICHT

28.07.2021 – von Sabine Böh
**Gemeinsam Grundwerte
pflegen**



DIASPORA-GEMEINSCHAFTEN

27.07.2021 – von Immanuel Livingstone
**Für Filipinos ist
Arbeitsmigration normal**



DOSSIER DES MONATS

DIE WIRTSCHAFT SOZIALER